



22. Januar bis 23. April 2023

Élysée-Vertrag: Zusammen den Blick in die Zukunft richten

51.611

Teilnehmende

1.783

Vorschläge

942.185

Abstimmungen

CIVICO
••• europa

EAB
Europäische Akademie
Berlin

MAKE.
ORG

 Université
franco-allemande
Deutsch-Französische
Hochschule

 **CCI FRANCE ALLEMAGNE**
FRANZÖSISCHE HANDELSKAMMER

arte

 **DEUTSCH-
FRANZÖSISCHER
BÜRGERFONDS
FONDS CITOYEN
FRANCO-ALLEMAND**

AXA

 **MINISTÈRE
DE L'EUROPE
ET DES AFFAIRES
ÉTRANGÈRES**
*Liberté
Égalité
Fraternité*

 Auswärtiges Amt

• Staatskanzlei
SAARLAND



Inhalt

Editorial	4
Die Projektpartner	6
Die Ergebnisse aus verschiedenen Blickwinkeln	11
3 Fragen an Anke Rehlinger	12
Die ökonomische Perspektive von Gilles Moëc	14
Die akademische Perspektive von Rainer Maria Kiesow	15
Élysée-Vertrag: Zusammen den Blick in die Zukunft richten	16
Die Konsultation	18
Die Methodik von Make.org	20
Worüber die Menschen in Deutschland und Frankreich sprechen	22
Bürgeragenda: Die Prioritäten der deutschen und französischen Bürger:innen	24
Europäische Perspektive	74
Ergebnisanalyse im Kontext der Konferenz zur Zukunft Europas	75
Interview mit Gabriele Bischoff	76
Zwei Make.org Konsultationen im Abstand von einem Jahr: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es?	78
Einordnung der Ergebnisse in die abschließenden Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas	80
Anhang	83
Soziodemografisches Profil der Teilnehmenden	84
Über uns und Kontakt	90



Seit dem Aufruf vom 9. Mai 2016 für eine europäische Renaissance setzt sich CIVICO Europa für die Entwicklung transnationaler europäischer Konsultationen ein. Diese ermöglichen es, die gemeinsamen Erwartungen sowie die Punkte, bei denen sich Bürger:innen der EU-Länder uneinig sind, transparent zu erfassen.

Diese Konsultationen liefern wertvolle Beiträge für die Entwicklung einer zunehmend integrativen und reiferen europäischen Demokratie, die in der Lage ist, parlamentarische und partizipative Demokratie in Einklang zu bringen, und die den tiefgreifenden Erwartungen der Bürger:innen besser entspricht.

Die WeEuropeans-Konsultation, die im Vorfeld der Europawahl 2019 gemeinsam von CIVICO Europa und Make.org organisiert wurde, brachte 1,5 Millionen EU-Bürger:innen in 27 Mitgliedstaaten zusammen. Sie stimmten über 30.000 Vorschläge von Bürger:innen ab und wählten 10 von ihnen auf europäischer Ebene in Form einer Bürgeragenda aus.

Die Übernahme der Agenda durch die politischen Parteien in ihre Wahlprogramme bestätigte die Akzeptanz und den Erfolg dieser Methode.

Ein Jahr vor der Europawahl richtet sich diese neue Konsultation an Bürger:innen, die in Frankreich und Deutschland leben. Zwei Länder, die, wenn sie sich einig sind und ihre Meinungsverschiedenheiten überwinden, eine Führungsrolle in der europäischen Dynamik einnehmen.

Die Ergebnisse können Entscheidungsträger:innen auf beiden Seiten des Rheins als wichtige Inspirationsquelle dienen. Es wäre interessant zu sehen, ob die konkreten Schwerpunktthemen, die sich aus der Konsultation ergeben, auch von den Bürger:innen der anderen 25 EU-Mitgliedstaaten geteilt werden.

Civico Europa



Die deutsch-französische Freundschaft und die Zusammenarbeit, die mit dem Jubiläum des Élysée-Vertrags gefeiert werden, stehen exemplarisch für den europäischen Stil: Stärke durch Kooperation, zukunftsorientierte Lösungen, Zusammenhalt als Grundlage für Erfolg. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wird nicht nur in politischen Entscheidungen gelebt, sondern wird insbesondere getragen von den Bürgerinnen und Bürgern, die diese Freundschaft mit Leben füllen und – wie diese Konsultation zeigt – mit Ideen und Vorschläge vorantreiben. Wie schon die Konferenz zur Zukunft Europas im vergangenen Jahr beweisen konnte und auch diese Konsultation zeigt, braucht es die Stimme der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Prioritäten klar benennen, gemeinsam diskutieren und konkrete Vorschläge in den Diskurs einbringen können. In Zeiten, in denen die europäische Zusammenarbeit stärker denn je gebraucht wird, ein geschlossenes Handeln unabdingbar ist und die europäischen Werte in der Ukraine unter Beschuss stehen, hat die Stimme der Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Gewicht, das in politischen Prozessen integriert werden muss. Die überwältigende Beteiligung an dieser Konsultation und die Qualität der Vorschläge zeigen den Willen der Bürgerinnen und Bürger, am politischen Prozess mitzuwirken. Das Engagement für Konsens und auch die Bereitschaft zur Diskussion sind eine entscheidende Zutat für eine stabile europäische Demokratie.

Mit dieser Konsultation werden Grundsteine gelegt für eine Fortsetzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, ein zukunftsorientiertes und gemeinsames europäisches Handeln und bürgernahe Politik. Auf dass die Ideen die verdiente Aufmerksamkeit erhalten!

Europäische Akademie Berlin

Die Projektpartner (1/2)

Die Initiatoren

„Ein Jahr vor der Europawahl können die Ergebnisse dieser Konsultation, die unter in Deutschland und Frankreich lebenden Bürger:innen durchgeführt wurde, Entscheidungsträger:innen auf beiden Seiten des Rheins als wichtige Inspirationsquelle dienen. So können sie der Frage nachgehen, welche Führungsrolle ihre beiden Länder in Zukunft gemeinsam übernehmen können, während zu Recht oder zu Unrecht die Vorstellung vorherrscht, dass der deutsch-französische Motor ins Stocken geraten ist. Sie können zudem einen gemeinsamen Fahrplan nähren und die Überlegungen der politischen Parteien bereichern, die gerade damit beginnen, ihre Wahlprogramme auszuarbeiten.“



Guillaume Klossa, Autor, Finalist Preis des Europäischen Buches 2022. Gründer und Co-Präsident von [Civico Europa](#)

„In der Akademie Berlin bieten wir täglich einen Raum für Vorträge, Begegnungen und Ideenaustausch. Wir sammeln kontinuierlich Ideen und Inspirationen, die wir an andere weiterreichen. Die Ergebnisse dieser Konsultation helfen uns dabei: Während wir ein Jahr brauchen, um mit 7.500 Bürger:innen persönlich zu sprechen, haben sich mithilfe der Konsultation innerhalb kurzer Zeit die Prioritäten von 51.000 Europäer:innen herauskristallisiert. Das Zusammenspiel von persönlichen Begegnungen, digitaler Beteiligung und unterschiedlichen Sichtweisen ist der beste Ansatz, um eine gute politische Bildung sicherzustellen.“



Dr. Christian Johann, Direktor, [Europäische Akademie Berlin](#)

Die Partner

„Für uns ist es wichtig, Ihre Ideen zur Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen zu hören. Deshalb unterstützen wir diese Konsultationen. Die Zahlen sind beeindruckend: Mehr als 50.000 Menschen aus Frankreich und Deutschland haben teilgenommen. Auf dieser Grundlage konnten Sie Prioritäten definieren, die Frankreich und Deutschland in Europa verfolgen sollten. Jetzt arbeiten wir gemeinsam daran, einige davon voranzubringen.“



Laurence Boone, Staatssekretärin für Europa, Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten (Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères)

**und
Anna Lührmann, Staatsministerin für Europa und Klima, Auswärtiges Amt**

„Die deutsch-französische akademische Zusammenarbeit ist für die Entwicklung gemeinsamer Innovationen, aber auch für die Stärkung der beruflichen und persönlichen Verbindungen in Europa immens wichtig. Die Ergebnisse der Konsultation zeigen, welche Bedeutung französische und deutsche Bürger:innen dem mehrsprachigen und interkulturellen Austausch innerhalb des europäischen Raums beimessen, ein Ziel, für das sich die Deutsch-Französische Hochschule aktiv einsetzt.“



Philippe Gréciano, Präsident, und Eva Martha Eckkrammer, Vizepräsidentin, Deutsch-Französische Hochschule (DFH)

„Die Unterstützung der Französischen Industrie- und Handelskammer in Deutschland für die Konsultation zielte darauf ab, deutsche und französische Unternehmer:innen zur Teilnahme zu bewegen, um in den Vorschlägen und Abstimmungen die wirtschaftliche Dimension zu erfassen. Die Ergebnisse übertreffen unsere Erwartungen und sind ein fabelhaftes Beispiel für das Interesse unserer Mitbürger:innen am Aufbau und der Funktionsweise Europas und der besonderen Rolle Frankreichs und Deutschlands in diesem Werk. All das ist sehr ermutigend!“



Frédéric Berner, Geschäftsführer, Französische Industrie- und Handelskammer in Deutschland

Die Projektpartner (2/2)

Die Finanzpartner

„Bei der Europawahl im Jahr 2024 werden die Bürger:innen ein Mitspracherecht haben, indem sie für Abgeordnete stimmen, die sie im Europäischen Parlament vertreten werden. Zugleich aber sollte sich diese Beteiligung der Bürger:innen nicht auf einen einzigen demokratischen Moment beschränken, der sich alle fünf Jahre wiederholt. Europa ist eine Realität, die im Alltag spürbar ist. Indem es mehr als 50.000 Personen die Möglichkeit gab, an einer Online-Konsultation mit dem Namen #EnsembleZusammen teilzunehmen, hat dieses Projekt nicht nur Ideen und Stellungnahmen hervorgebracht, sondern auch eine Beteiligung und Meinungsäußerung von Bürger:innen zu Themen, die Deutschland und Frankreich in Europa gleichermaßen beschäftigen und verteidigen müssen. Indem wir unsere Wünsche, Ängste und Hoffnungen für eine bessere Zukunft teilen, tragen wir dazu bei, die politische Landkarte des Europas von morgen zu gestalten.“



**Benjamin Kurc, Leiter des
Deutsch-Französischen
Bürgerfonds**

„Diese von Make.org organisierte Konsultation ist angesichts der aktuellen Lage und der für 2024 geplanten Europawahl sehr zu begrüßen. Die Wahl markiert das Ende der Amtszeit der Kommission und wird einen Wechsel in der Zusammensetzung der drei EU-Institutionen bewirken. Der Zeitpunkt ist daher entscheidend. Diese Initiative hat es ermöglicht, Themen zu erfassen, die für deutsche und französische Bürger:innen von Interesse sind: Es ist von zentraler Bedeutung, dass alle mobilisiert werden, um ihren Stimmen Gehör zu verschaffen und die Zukunft Europas mitzugestalten.“



**Patricia Plas, Group Director
for Public Affairs, AXA Gruppe**



Die Ergebnisse aus verschiedenen Blickwinkeln



3 Fragen an Anke Rehlinger

Ministerpräsidentin des Saarlandes
Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland
für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen

Über 50.000 Teilnehmende, fast 1.800 Vorschläge und 940.000 Abstimmungen über die Prioritäten und Erwartungen der deutschen und französischen Bürger:innen im Hinblick auf das, was ihre Länder in Europa verteidigen sollten. Wie ist diese große Beteiligung an der Konsultation zu interpretieren?

Deutschland und Frankreich haben eine starke Verbindung zu Europa. Den Bürgerinnen und Bürgern ist bewusst, welche Bedeutung die Zusammenarbeit beider Länder hat – das wird ganz deutlich in der hohen Anzahl von Umfrageteilnehmern und -teilnehmerinnen. Auf dieser engen Bindung sollten wir weiter aufbauen.

Besonders die Vielfalt der Vorschläge und Initiativen unterstreicht den Wunsch vieler, aktiv an der Gestaltung der Europäischen Union teilzunehmen und ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, deutlich.

Bemerkenswert ist zum einen die Reichweite dieser Studie - repräsentativ für die Gesamtheit der beiden Gesellschaften, zum anderen aber auch die breite Palette von Ideen und Wünschen, die von wirtschaftlichen Themen über politische Fragen bis zu sozialen und umweltpolitischen Themenstellungen reicht.

Wie reagieren Sie auf die Ergebnisse dieser länderübergreifenden Konsultation? Überraschen Sie die Themen, die aus diesen Vorschlägen hervorgehen?

Ich bin weniger überrascht als erfreut darüber, wie vielfältig die Ideen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern aus beiden Ländern sind. Diese Studie zeigt uns auch, dass die Prioritäten für die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Zukunft Europas vor allem im Alltagsleben liegen.

Als Kulturbevollmächtigte freue ich mich besonders darüber, dass in beiden Ländern der Wunsch nach gegenseitigem Spracherwerb sehr groß ist. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage sprechen sich für die Förderung von Austauschprogrammen zwecks gegenseitigen Kennenlernens von Land und Kultur aus.

Diese Austausch Erfahrungen sollten wir auch Auszubildenden und Praktikantinnen und Praktikanten im berufsbildenden Bereich ermöglichen, denn ein Aufenthalt im Partnerland motiviert zum Sprachlernen und die berufsfachliche Kommunikation erleichtert das gegenseitige Verständnis.

Grundsätzlich ist das gegenseitige Erlernen der Sprache für mich wesentlich für das Verständnis und die Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Europa.

Eine der ersten Ideen ist insbesondere der Wunsch nach mehr Synergien in den Bereichen Bildung und Jugendaustausch (Ausbildung, Sprachen, Erasmus). Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dies zu ermöglichen? Und wie kann die Bevollmächtigte in ihrer Funktion dazu beitragen, diese bilateralen Beziehungen zu erleichtern und zu fördern?

Auf Basis des Aachener Vertrags haben wir gemeinsam mit Frankreich eine Strategie zur Sprachförderung erarbeitet. Dieses Konzept gilt es nun mit Leben zu füllen. Sprache soll erlebbar sein. Alle Altersgruppen müssen beim Spracherwerb mitgenommen werden, angefangen bei den Kleinsten. Beispielsweise den Ausbau zweisprachiger Élysée-Kitas unterstütze ich als Bevollmächtigte sehr. Auch die Initiativen FranceMobil und mobiklasse.de, bei denen Lektoren durch das jeweilige Partnerland touren und Grundschülerinnen und Grundschülern die Kultur und Sprache des Partnerlandes spielerisch näherbringen, sind erfolgreiche Konzepte – genau wie die Abibac-Schulen und deutsch-französischen Gymnasien. Hier braucht es eine größere Vernetzung und Verbreitung solcher Erfolgsprojekte.

Insgesamt stehe ich als Bevollmächtigte ständig im Austausch mit verschiedensten deutsch-französischen Einrichtungen, Organisationen und Akteuren. Durch unser gemeinsames Engagement will ich das jeweils Beste am Anderen für uns alle nutzbar zu machen, um den kulturellen Reichtum und wirtschaftlichen Wohlstand unseres Europas zu mehren und zur Entfaltung zu bringen.



Die wirtschaftliche Perspektive von Gilles Moëc

Gilles Moëc

Chief Economist der AXA Gruppe

Zweimal hat Europa in letzter Zeit seine Solidarität im Angesicht von Krisen unter Beweis gestellt. Zunächst im Zuge der immensen Schwierigkeiten, die durch die Corona-Pandemie entstanden waren, und anschließend im letzten Winter, als es aufgrund der Störung der Energiebeschaffung durch den Krieg in der Ukraine fast zu einem wirtschaftlichen Stillstand kam. In beiden Fällen stellte die Gemeinschaft ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis. Erstens konnte durch die Schaffung des Programms NextGenerationEU eine Wiederholung der staatlichen Schuldenkrise der frühen 2010er verhindert werden, da es den schwächsten Mitgliedstaaten Finanzmittel zur Verfügung stellt. Im letzten Jahr wurde dann ein System zur gemeinsamen Nutzung von Energieressourcen eingerichtet, um auf die Notlage zu reagieren.

Diese außerordentlich informative Meinungsumfrage zum zivilen Engagement zeigt eindeutig, dass die deutschen und französischen Bürger:innen die Vertiefung einer gemeinsamen Energiepolitik wünschen und an einem europäischen Aufbauwerk festhalten, das sich an einem Wertesystem auf Basis von Solidarität orientiert. Die wirtschaftspolitischen Lösungen, die sich in den letzten Jahren herauskristallisiert haben, sind daher keine „technokratischen Erzeugnisse“, sondern entsprechen durchaus einem tiefen demokratischen Bedürfnis.

Nationale Nuancen sind natürlich unvermeidlich. Deutschland beharrt auf dem Einhalten der Haushaltsvorgaben der Mitgliedsländer als unverzichtbare Voraussetzung für eine Vertiefung der finanziellen Solidarität. Frankreich hingegen legt mehr Wert auf die Fähigkeit europäischer Lösungen, Investitionen schnell wieder anzukurbeln. Die energiepolitischen Entscheidungen der beiden Länder weichen seit etwa zehn Jahren stark voneinander ab. Dennoch ist der deutsch-französische Motor für Europa unerlässlich. Die Umfrage bestätigt dabei, wie sehr sich die öffentliche Meinung in grundlegenden Fragen ähnelt: Die Erhaltung und Entwicklung einer umweltfreundlichen sozialen Marktwirtschaft bringt beide Völker zusammen.



Die akademische Perspektive von Rainer Maria Kiesow

Rainer Maria Kiesow

Professor der Rechtswissenschaft

Vizepräsident und Studienleiter der EHESS (Teil des Netzwerks der Mitgliedshochschulen der Deutsch-Französischen Hochschule)

Mitglied des von der Deutsch-Französischen Hochschule geförderten deutsch-französischen Doktorandenkollegs „Unterschiede denken“

Auf dem Gipfel wartet keine Überraschung.

In Zeiten von Krieg, Klimawandel und Inflation sind sowohl deutsche als auch französische Bürger:innen der Ansicht, dass die wichtigsten Themen für ein gutes Zusammenleben in Europa und der Welt Diplomatie, internationale Beziehungen, Wirtschaft und Beschäftigung, Sicherheit und Verteidigung, institutionelle Reformen, Umwelt, Energie und Ressourcen sind. Die Themen, die am Ende der Liste stehen, überraschen jedoch. Landwirtschaft ist das Thema mit dem geringsten Interesse, obgleich sie sehr wohl gemeint ist, wenn es um Pestizide, Bienensterben, Artenvielfalt und unsere Nahrung geht. Menschenrechte und Einwanderung, aber auch Verkehr und die Frage der Besteuerung, der Steuergerechtigkeit in Frankreich, Deutschland und Europa sind in den von den Befragten genannten Anliegen ebenfalls wenig bis sehr wenig vertreten.

Die angesprochenen Themen sind eine Sache. Welche Lösungen aber sollten für die Probleme, die sie aufzeigen, in Betracht gezogen werden? Hier zeigen sich Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland. Nicht immer ganz klar, aber durchaus signifikant. Am stärksten ausgeprägt ist erwartungsgemäß die Unterstützung

der Kernenergie als eine der Antworten auf den Klimawandel. Die Menschen in Deutschland und Frankreich unterscheiden sich auch in der Frage, ob Europa föderal sein oder eher auf souveränen Staaten fußen soll. Bei der Bewältigung des Problems, wie und durch welche Art von Reform die Renten finanziert werden sollen, stellt der Rhein ebenso eine Trennlinie dar.

Doch die Gemeinsamkeiten überwiegen bei Weitem, ob es sich nun um die Diskussionsthemen oder, nicht zuletzt, um den Horizont handelt: Frieden, ein erfülltes Wirtschafts- und Arbeitsleben, eine schützens- und lebenswerte Umwelt und vor allem, da hier Inhalt und Vorgehen aufeinandertreffen: die Demokratie.

Élysée-Vertrag: Zusammen den Blick in die Zukunft richten

Die feierliche Unterzeichnung des Élysée-Vertrags durch Charles de Gaulle und Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 hat wesentlich zur Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen. In 60 Jahren hat die deutsch-französische Zusammenarbeit besonders dazu beigetragen, uns, die Bürger:innen beider Länder, einander näher zu bringen. Sie hat sich auch in konkreten Projekten gezeigt, denen wir in unserem Alltag begegnen.

Die deutsch-französische Freundschaft hat sich darüber hinaus als unerlässlich für die Widerstandsfähigkeit Europas erwiesen, sodass wir gemeinsam auf die großen Herausforderungen reagieren können, vor denen wir stehen. Trotz aller Errungenschaften bleibt Europa angesichts dieser Herausforderungen anfällig, wodurch eine neue Gelegenheit für eine deutsch-französische Verantwortung für Europa entsteht. Bei der Entwicklung dieser neuen Ambition muss die Stimme der Bürger:innen einen zentralen Platz einnehmen.

Mit dieser Zielsetzung und anlässlich des 60. Jahrestags des Élysée-Vertrags haben Civico Europa, die Europäische Akademie Berlin und Make.org die Konsultation „Zusammen den Blick in die Zukunft richten“ gestartet, in Partnerschaft mit der Deutsch-Französischen Hochschule, der Französischen Industrie- und Handelskammer in Deutschland und ARTE. Das Projekt wurde vom Deutsch-Französischen Bürgerfonds und von AXA finanziell gefördert. Diese Initiative wird außerdem vom Auswärtigen Amt, der Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für die deutsch-französischen Bildungs- und Kulturbeziehungen und vom französischen Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten unterstützt.

Diese Onlinekonsultation ist das Leuchtturmprojekt, das im Rahmen des 60. Jahrestags des Élysée-Vertrags vom Deutsch-Französischen Bürgerfonds unterstützt wird.

Vom 22. Januar bis zum 23. April 2023 haben mehr als 50.000 französische und deutsche Bürger:innen ihre Prioritäten geäußert, indem sie auf ensemble-zusammen.make.org und zusammen-ensemble.make.org die Frage beantworteten: „Für welche Ideen sollten sich Frankreich und Deutschland in Europa einsetzen?“. Hier haben sie ihre Ideen geteilt und auf diejenigen der anderen Teilnehmenden reagiert. Ihre Abstimmungen und Vorschläge wurden von den Soziolog:innen von Make.org analysiert. Sie haben die wichtigsten konsensträchtigen Lösungen identifiziert, die bei den Menschen in Deutschland und Frankreich besonders beliebt waren, sowie die Themen, die die Teilnehmenden spalteten. Die konsensträchtigen Ideen, in Form einer „Bürgeragenda“ zusammengetragen, werden es den politischen Entscheidungsträger:innen und den zivilgesellschaftlichen Akteur:innen ermöglichen, ihre Maßnahmen besser auszurichten und dabei weiterhin den Austausch zwischen Bürger:innen auf beiden Seiten des Rheins zu fördern. Dieser Prozess wird insbesondere dazu dienen, Überlegungen zu kollektiven zivilgesellschaftlichen Maßnahmen anzustellen, die entsprechend dieser Prioritäten umgesetzt werden können.

Die Konsultation



Axel Dauchez,
Vorsitzender und Mitgründer
von Make.org



Sarah Delahaye,
Geschäftsführerin Make.org
Deutschland

„Diese Konsultation ermöglichte einen echten Dialog zwischen deutschen und französischen Bürger:innen. Der eindeutige Wille zur Weiterentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen über die institutionellen Verbindungen hinaus wird sichtbar, mit der Zivilgesellschaft und einer Stärkung der Verbindungen zwischen den Bürger:innen.“

Die Konsultation „Élysée-Vertrag“ hat Bürger:innen in Deutschland und Frankreich stark mobilisiert: Über die „deutsch-französische Blase“ hinaus konnte sie Bürger:innen eine Stimme geben, die für gewöhnlich weit entfernt von europäischen Themen und den deutsch-französischen Beziehungen sind. Mehr als 66 % der Teilnehmenden sprechen nicht die Sprache des anderen Landes und knapp 30 % von ihnen haben noch nie die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich überquert.

Durch dieses partizipative Verfahren konnten auch – ein Jahr vor der Europawahl – die Prioritäten und Sorgen der deutschen und französischen Bürger:innen ermittelt werden, insbesondere bei den Themen europäische Demokratie und Funktionsweise der Institutionen, der Rolle der EU in der Welt und der Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, der Angleichung bestimmter Politikfelder sowie dem Wunsch nach dem Aufbau eines sozialen Europas.

Die aktuell größten Sorgen, wie die Energieversorgung oder der Ukraine-Krieg, konnten ebenfalls herausgestellt werden: Es war wichtig, dass die Bürger:innen sich zu diesen sensiblen Themen äußern und ihre Standpunkte einbringen konnten, was Deutschland und Frankreich gemeinsam auf europäischer Ebene angesichts dieser Herausforderungen tun können.

Schließlich konnte diese Konsultation einen echten Dialog herstellen, der heute im Rahmen der Beziehungen zwischen den beiden Ländern notwendig ist: Deutsche Bürger:innen äußerten sich zu den Vorschlägen französischer Bürger:innen und umgekehrt. Die Teilnehmenden wünschen sich, dass die Beziehungen nicht nur auf die institutionelle Zusammenarbeit begrenzt sind, sondern sich in der Zivilgesellschaft sowie zwischen den Bürger:innen selbst verstärken.

5 1, 6 1 1

Teilnehmende

1, 7 8 3

Vorschläge

9 4 2, 1 8 5

Abstimmungen

26.033

Teilnehmende (Frankreich)

25.578

Teilnehmende (Deutschland)

Die Methodik von Make.org

Sammlung von Vorschlägen und Abstimmungen

Die Bürger:innen können an einer Konsultation teilnehmen, indem sie einen oder mehrere Vorschläge einreichen, die maximal 140 Zeichen lang sind und alle mit „Man sollte ...“ beginnen. Sie können auch über die Vorschläge der anderen Teilnehmenden abstimmen (Abstimmung „dafür“, „dagegen“, „neutral“) und, wenn sie es wünschen, ihre Stimmabgabe verfeinern („Favorit“, „Machbar“, „Nebensächlich“, „Auf keinen Fall!“ ...).

Wenn die Teilnehmenden auf die Plattform kommen, entdecken sie eine Sequenz aus zwölf Vorschlägen von Bürger:innen, die in einem ständig wechselnden Turnus angezeigt werden (zwei Sequenzen sind niemals gleich). Sie können über diese Vorschläge abstimmen und jederzeit ihre eigenen Vorschläge einreichen. Vor der Onlinestellung müssen die eingereichten Vorschläge von den (menschlichen) Moderator:innen von Make.org im Einklang mit dem Gesetz und unserer Moderationscharta freigegeben werden. Die Vorschläge werden keinesfalls umgeschrieben, lediglich Rechtschreibfehler können korrigiert werden.

Das Besondere an dem Projekt: Eine Konsultation in zwei Phasen

Phase 1: Eine nationale Konsultation

Während der ersten Phase baten wir deutsche und französische Teilnehmende, die folgende Frage in ihrer jeweiligen Sprache zu beantworten: Für welche Ideen sollten sich Frankreich und Deutschland in Europa einsetzen?

Am Ende dieser Phase erhielten wir in beiden Ländern insgesamt 29 Ideen. Wir haben ihre Herkunft identifiziert und sie in sieben verschiedene Themenschwerpunkte gegliedert.

Emergenz-Algorithmus

Eine zentrale Komponente der Plattform Make.org ist der Algorithmus, der die eingereichten Vorschläge zur Abstimmung in der „Sequenz“ auswählt. Dieser Algorithmus hat das Ziel, jedem Vorschlag ein Minimum an Abstimmungen und die faire Chance zu garantieren, ein aufkommender Vorschlag zu werden. Durch diesen vom Algorithmus gesteuerten Wechsel können Trollversuche neutralisiert werden, denn in diesen Sequenzen können die Teilnehmenden nicht wählen, über welche Vorschläge sie abstimmen. Der Quellcode dieses Algorithmus ist Open Source, wie der gesamte Code der Plattform. Er ist daher öffentlich und überprüfbar.

Ergebnisanalyse einer Konsultation

Nach Abschluss einer Konsultation ordnen die Datenwissenschaftler:innen und Soziolog:innen von Make.org die Vorschläge in zwei Kategorien ein: die konsensträchtigen Vorschläge und die Vorschläge, die am meisten Spaltungen hervorgerufen haben. Diese Vorschläge werden anschließend nach Ähnlichkeit der Themen gruppiert, um die „beliebten Ideen“ und die „umstrittenen Ideen“ der Konsultation zu bilden. Diese Gruppierung basiert ausschließlich auf der hauptsächlichen Bedeutung, die in einem Vorschlag geäußert wird, ohne die Worte überzuinterpretieren. Jede Idee setzt sich daher aus mehreren Dutzend oder Hunderten von Vorschlägen zusammen, die das gleiche Anliegen vertreten und wovon jeder mehrere 100 Abstimmungen erhalten hat. Dadurch wird die statistische Verlässlichkeit unserer Ergebnisse bestätigt.

Phase 2: Eine länderübergreifende Konsultation

Während der zweiten Phase haben wir die deutschen Vorschläge den französischen Teilnehmenden unterbreitet und umgekehrt.

Es sollte ein Dialog zwischen den Teilnehmenden beider Länder initiiert und anschließend analysiert werden, wie die Teilnehmenden auf die Ideen der jeweils anderen reagieren würden.

Am Ende der zweiten Phase haben wir diese Reaktionen analysiert und erhielten drei Kategorien von Ideen:

- **Gemeinsame beliebte Idee:** Idee, deren konsensträchtige Tendenz durch die Abstimmung der Teilnehmenden aus dem anderen Land bestätigt wurde;
- **Gemeinsame umstrittene Idee:** Idee, deren umstrittene Tendenz durch die Abstimmung der Teilnehmenden aus dem anderen Land bestätigt wurde;
- **Diskutierte Idee:** Idee, die je nach Land unterschiedliche Zustimmungsraten erhielt und zwischen den beiden Ländern eine Diskussion auslöste.

Worüber die Menschen in Deutschland und Frankreich sprechen

Diplomatie und internationale Beziehungen, Wirtschaft und Beschäftigung, institutionelle Reformen, Sicherheit und Verteidigung ...

Das sind die von den Teilnehmenden angesprochenen Schwerpunktthemen. 1.783 Vorschläge wurden auf der Plattform Make.org gesammelt.*

Die nachfolgende Grafik zeigt das Gewicht dieser Vorschläge: Sie spiegelt wider, worüber die deutschen und französischen Teilnehmenden am meisten während dieser Konsultation gesprochen haben, ihre Bedenken, die Themen ihrer Gespräche und ihrer Diskussionen.

Diese Grafik berücksichtigt nicht die Abstimmungen der Teilnehmenden. Deshalb unterscheidet sie sich von der Bürgeragenda. Diese basiert auf den Ideen, die aufgrund der Abstimmungen nach Prioritäten sortiert sind.

Die meistgenannten Themen betreffen die Diplomatie und internationale Beziehungen. Dabei werden verschiedene Aspekte angesprochen: der Platz Europas gegenüber den anderen Großmächten, seine diplomatische Rolle sowie die Notwendigkeit, die partizipative Demokratie stärker zu entwickeln. Die Themen föderales Europa und Souveränität der Mitgliedstaaten werden ebenfalls angesprochen – und diskutiert.

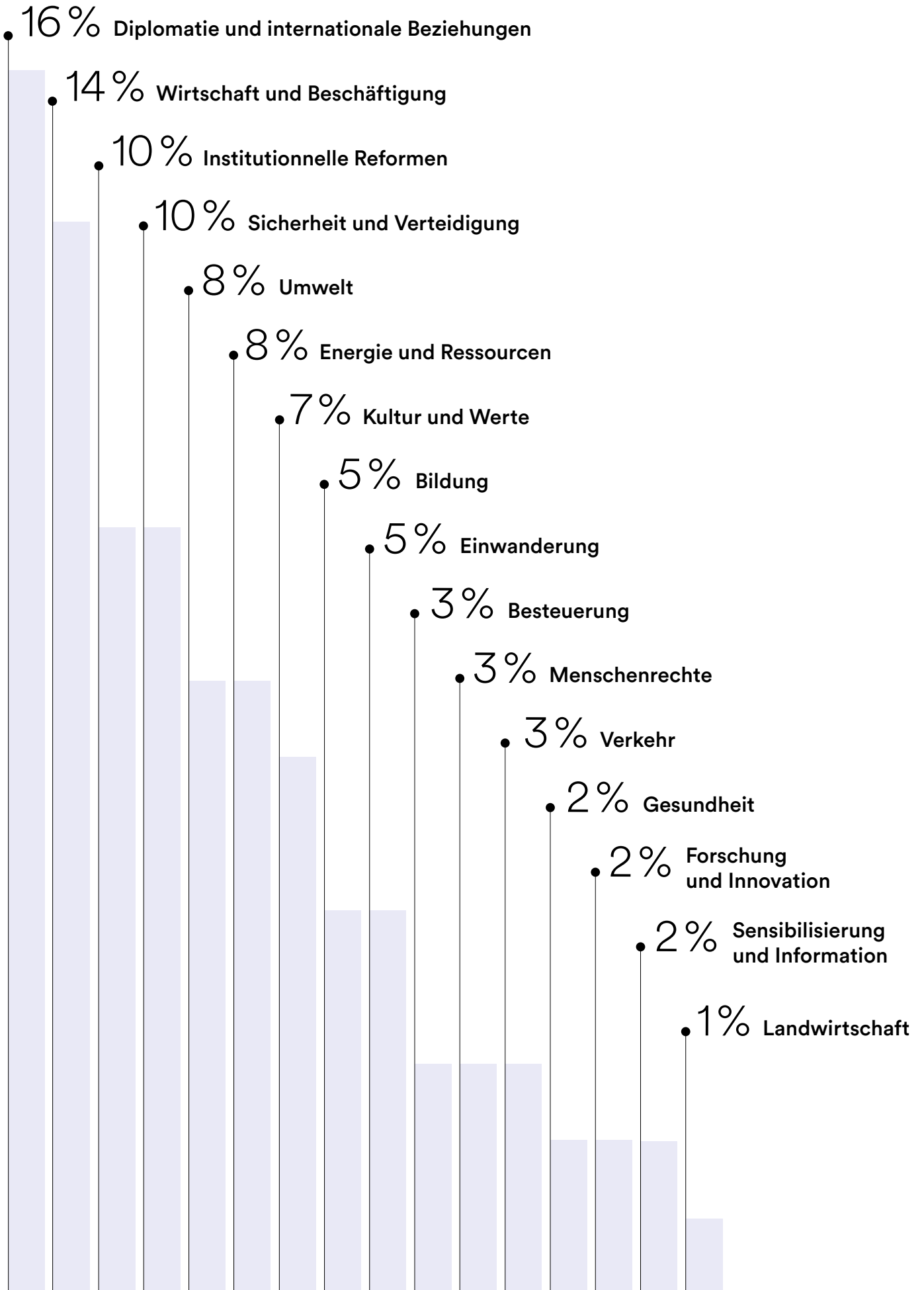
Innerhalb des Themas Wirtschaft und Beschäftigung finden wir das Bestreben, die Arbeitsbedingungen in Europa anzugleichen und sie vorteilhafter zu gestalten.

Die Vorschläge zu den institutionellen Reformen beschäftigen sich mit der Funktionsweise der Institutionen, ihrer Transparenz, den Wahlverfahren in Entscheidungsprozessen sowie den Befugnissen der Europäischen Kommission.

Innerhalb des Themenschwerpunkts Sicherheit und Verteidigung finden wir insbesondere den Begriff der Europäischen Verteidigung. Das Thema Umwelt deckt seinerseits Vorschläge ab, welche die Umweltpolitik in Europa sowie die Förderung von umweltfreundlichen Transportmitteln betreffen.

In den anderen Themenbereichen äußern sich die Teilnehmenden der Konsultation zur Frage der energetischen Unabhängigkeit, sie diskutieren über Einwanderungspolitik, schlagen Veränderungen im Schulsystem vor und unterstreichen, wie bedeutsam die Förderung des kulturellen Austauschs zwischen den Ländern ist.

**Von den 1.783 eingereichten Vorschlägen wurden 1.562 durch die Moderator:innen von Make.org freigegeben (siehe „Methodik“).*



Bürgeragenda

Gemeinsame beliebte Ideen

Ideen, deren konsensträchtige Tendenz durch die Abstimmung der Teilnehmenden aus dem anderen Land bestätigt wurde.

Europäische Demokratie

- ♥ Die partizipative Demokratie in Europa verbessern
- ♥ Die Tätigkeit von Interessengruppen besser kontrollieren oder sogar untersagen
- ♥ Korruptionsversuche innerhalb von Regierungen besser bekämpfen

Bildung, Werte, Identität

- ♥ Synergien im Bildungsbereich innerhalb Europas fördern

Energie und Umwelt

- ♥ Eine gemeinsame Strategie zum Umweltschutz stärken
- ♥ Eine gemeinsame Energiestrategie entwickeln
- ♥ Die Artenvielfalt in Europa schützen und erhöhen
- ♥ Erneuerbare Energien stärker entwickeln
- ♥ Die Energiepreise reformieren

Die EU in der Welt

- ♥ Die Kooperation und den Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten gegenüber den Großmächten stärken
- ♥ Die europäische Wirtschaft und Industrie schützen und weiterentwickeln
- ♥ Innovation und Forschung fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken

Mobilität

- ♥ Öffentliche Verkehrsmittel verbessern, vor allem das Schienennetz

Sozialpolitik, Wirtschaft und Beschäftigung

- ♥ Besser gegen Steueroptimierung vorgehen und die Besteuerung in Europa angleichen
- ♥ Die Arbeitsbedingungen in der EU angleichen, um Sozialdumping einzugrenzen
- ♥ Die Gesundheits- und Sozialpolitik innerhalb Europas stärken und angleichen

Gemeinsame umstrittene Ideen

Ideen, deren umstrittene Tendenz durch die Abstimmung der Teilnehmenden aus dem anderen Land bestätigt wurde.

Europäische Demokratie

- ⚡ Die Souveränität der Staaten stärken
- ⚡ Ein föderales Europa schaffen

Die EU in der Welt

- ⚡ Für den Krieg Russlands gegen die Ukraine eine diplomatische Lösung finden

Mobilität

- ⚡ Flugverkehr reduzieren




Sozialpolitik, Wirtschaft und Beschäftigung

- ⚡ Das Rentensystem in Europa ändern

Diskutierte Ideen

Ideen, die je nach Land unterschiedliche Zustimmungsraten erhalten haben.



Europäische Demokratie

-  Die Entscheidungsverfahren innerhalb des europäischen Entscheidungssystems reformieren
-  Die Befugnisse der Europäischen Kommission einschränken
-  Das allgemeine Wahlrecht auf die Führungsebene mehrerer europäischer Institutionen ausweiten

Bildung, Werte, Identität

-  Schulsysteme unterstützen und reformieren

Energie und Umwelt

-  Die Nutzung von Atomkraft in der Energiepolitik optimieren
-  Die Agrar- und Fischereipolitik in der EU reformieren, um nachhaltige Praktiken zu fördern

Die EU in der Welt

-  Eine echte europäische Verteidigung einrichten

Migration

-  Die illegale Einwanderung einschränken



01

Europäische Demokratie

Gemeinsame beliebte Ideen

- Die partizipative Demokratie in Europa verbessern
- Die Tätigkeit von Interessengruppen besser kontrollieren oder sogar untersagen
- Korruptionsversuche innerhalb von Regierungen besser bekämpfen

Gemeinsame umstrittene Ideen

- Die Souveränität der Staaten stärken
- Ein föderales Europa schaffen

Diskutierte Ideen

- Die Entscheidungsverfahren innerhalb des europäischen Entscheidungssystems reformieren
- Die Befugnisse der Europäischen Kommission einschränken
- Das allgemeine Wahlrecht auf mehrere europäische Institutionen ausweiten

♥ Gemeinsame beliebte Idee 01

Die partizipative Demokratie in Europa verbessern

14 Vorschläge insgesamt

Die deutschen und französischen Teilnehmenden teilen die Idee, dass die Bürger:innen mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollten, insbesondere bei Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Inklusion und soziale Gerechtigkeit.

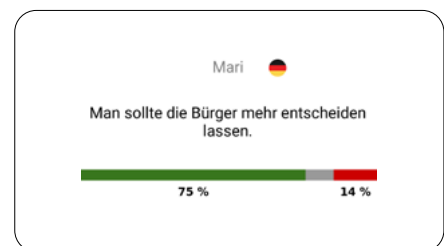
Laut Teilnehmenden könnte dies durch die Einführung verschiedener Mechanismen der partizipativen oder sogar direkten Demokratie erreicht werden. Die Vorschläge legen nahe, Bürgerversammlungen einzurichten, um eine aktivere Beteiligung der Bürger:innen im politischen Prozess zu ermöglichen. Andere sprechen sich für die Einführung von Volksabstimmungen und Bürgerentscheiden aus.



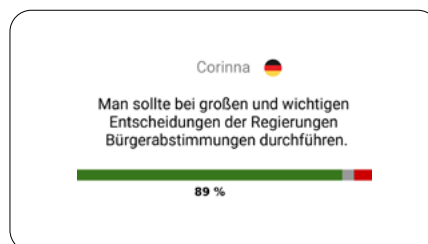
Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 02

Die Tätigkeit von Interessengruppen besser kontrollieren oder sogar untersagen

6 Vorschläge insgesamt

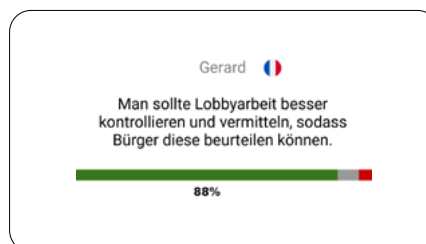
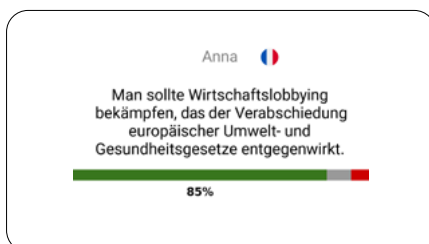
Die Teilnehmenden äußern die Notwendigkeit, den Einfluss von Interessengruppen im europäischen Entscheidungsprozess zu reduzieren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, um dies zu erreichen, sind vielfältig und reichen von der Bekämpfung von Handelslobbys, die gegen den Umweltschutz und die Gesundheit vorgehen, bis hin zum Verbot von Lobbyisten in europäischen Entscheidungszentren. Die Teilnehmenden unterstreichen zudem, wie wichtig die absolute Integrität der europäischen Abgeordneten und Beamten ist. Sie schlagen Mittel wie eine stärkere Kontrolle von Lobby-Aktivitäten und die transparente Kommunikation zum Thema vor, damit den Bürger:innen der Einfluss von Lobbys auf politische Entscheidungen bewusst wird. Schließlich sehen es alle als notwendig an, dass gegen den exzessiven Einfluss von Lobbys vorgegangen werden muss, damit eine unabhängige Entscheidungsfindung im Dienste der Bürgerinteressen garantiert wird.



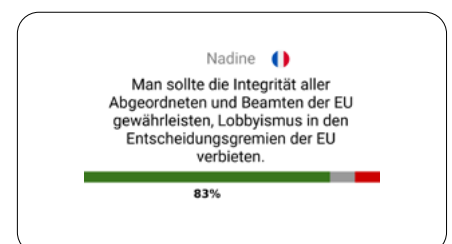
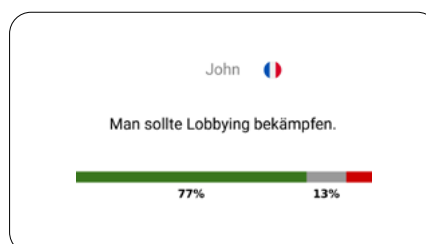
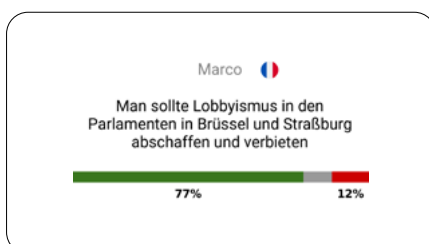
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 03

Korruptionsversuche innerhalb von Regierungen besser bekämpfen

5 Vorschläge insgesamt

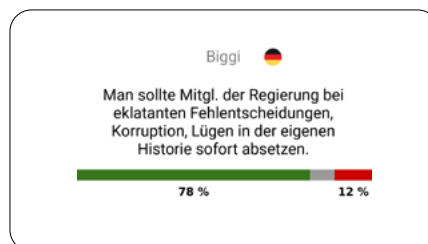
Die Teilnehmenden beider Länder plädieren für ein strengeres und kompromissloses Vorgehen gegen Korruptionsversuche im politischen Milieu, um eine transparentere und verantwortungsvollere Regierungsführung zu fördern. Sie fordern radikale Maßnahmen, um dies zu erreichen: Die sofortige Entlassung von verdächtigten oder verurteilten politischen Verantwortlichen ohne finanziellen Ausgleich, damit sie höhere Anforderungen an Kompetenz und Verantwortlichkeit erfüllen.



Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



⚡ Gemeinsame umstrittene Idee 04

Die Souveränität der Staaten stärken

33 Vorschläge insgesamt

Diese umstrittene Idee basiert auf demselben zentralen Thema: der nationalen Souveränität. Die Teilnehmenden dieser Vorschläge scheinen ihrem Wunsch Ausdruck zu verleihen, dass ihr Land gegenüber der Europäischen Union politisch, wirtschaftlich und militärisch unabhängig bleibt.

Einige umstrittene Vorschläge gehen in ihrer Forderung nach mehr nationaler Souveränität weiter als andere und legen u. a. nahe, sich aus der EU zurückzuziehen oder die Europäischen Verträge aufzukündigen. Andere wiederum möchten einfach den Einfluss Europas auf nationale Politik reduzieren.

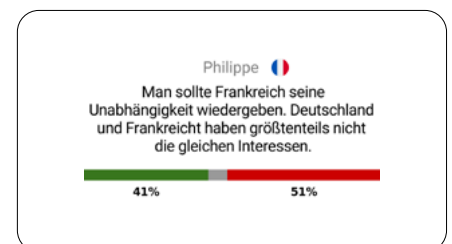
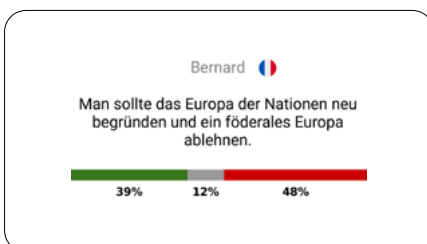
Mehrere länderspezifische Vorschläge legen nahe, das Frankreich gegenüber Deutschland und sogar gegenüber den USA autonomer sein sollte.



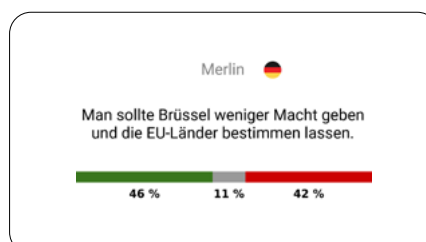
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat in beiden Ländern gleich viel Zustimmung wie Ablehnung erhalten. Sie ist in beiden Ländern umstritten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



⚡ Gemeinsame umstrittene Idee 05

Ein föderales Europa schaffen

23 Vorschläge insgesamt

Das Thema eines föderalen Europas spaltet. Die Teilnehmenden sind nicht alle mit der Idee eines föderales Europas mit Institutionen wie einer gemeinsamen Armee, Polizei und Diplomatie sowie einem einheitlichen Visum einverstanden.

Sie sind gespalten zwischen der Schaffung eines „Europas der Regionen“, das die Nationalstaaten abschaffen würde, und eines „Europas der Nationen“, das sich vom aktuellen Modell der Europäischen Union entfernen würde – mit einer gestärkten Souveränität der Staaten und geringeren Befugnissen für die europäischen Institutionen.

Andere umstrittene Vorschläge erwägen ein stärkeres, vereintes und unabhängiges Europa.



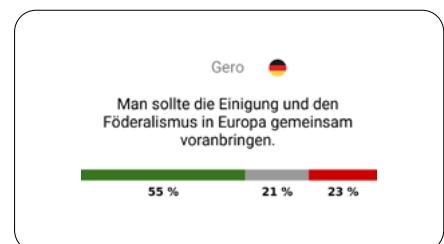
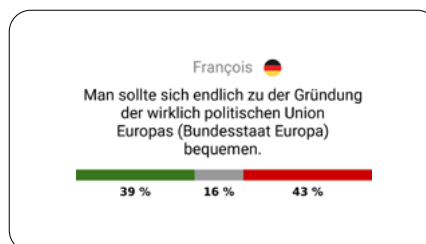
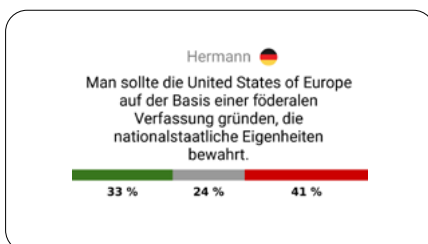
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat in beiden Ländern gleich viel Zustimmung wie Ablehnung erhalten. Sie ist in beiden Ländern umstritten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



 Diskutierte Idee 06

Die Entscheidungsverfahren innerhalb des europäischen Entscheidungssystems reformieren

6 Vorschläge insgesamt

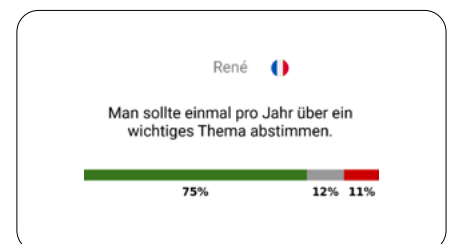
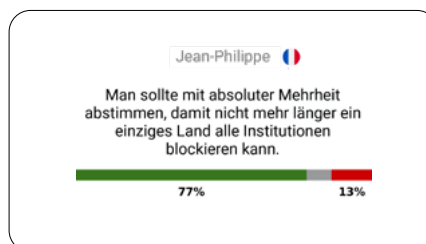
Bei dieser Idee geht es um eine Reform der Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Institutionen. Die Vorschläge legen nahe, die einstimmige Beschlussfassung immer stärker einzuschränken, da dadurch ein einzelnes Land Entscheidungen blockieren kann, oder sogar dieses Prinzip ganz abzuschaffen und eher das Mehrheitsprinzip zu nutzen. Einige Vorschläge erwägen zudem eine jährliche Abstimmung der EU-Bürger:innen zu einem wichtigen Thema, damit sie stärker in den Entscheidungsprozess eingebunden sind.



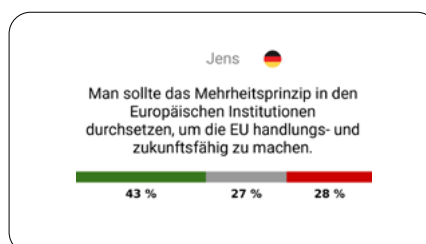
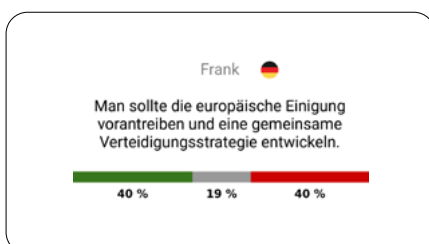
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent, hat aber in jedem Land unterschiedlich viel Zustimmung erhalten. Während sie unter den französischen Teilnehmenden mehrheitlich unterstützt wurde, wird sie unter den deutschen Teilnehmenden diskutiert.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **französischen Teilnehmenden**:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **deutschen Teilnehmenden**:



Diskutierte Idee 07

Die Befugnisse der Europäischen Kommission einschränken

6 Vorschläge insgesamt

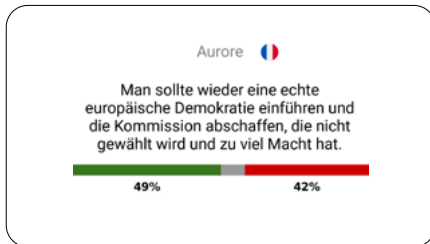
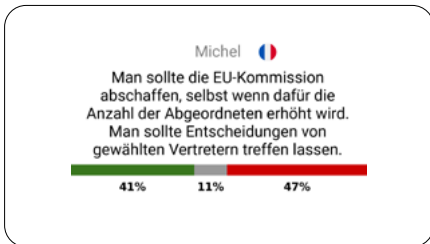
Die Teilnehmenden sind geteilter Ansicht, wenn es um die Einschränkung der Befugnisse der Europäischen Kommission geht und stattdessen das Europäische Parlament mehr Befugnisse erhalten sollte, das von den europäischen Bürger:innen direkt gewählt wird. Die Teilnehmenden sind ebenfalls geteilter Meinung in Bezug auf die Idee, dass die EU-Richtlinien den nationalen Parlamenten zur Abstimmung vorgelegt werden sollten.



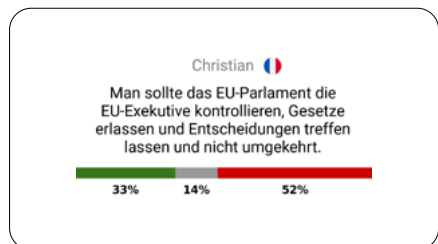
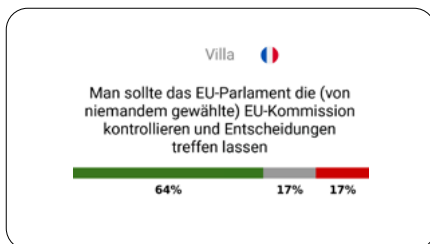
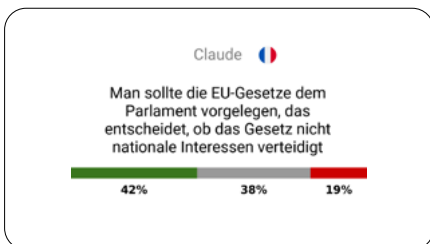
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Während sie unter den französischen Teilnehmenden klar umstritten war, erhielt sie unter den deutschen Teilnehmenden unterschiedliche Meinungen.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



 Diskutierte Idee 08

Das allgemeine Wahlrecht auf mehrere europäische Institutionen ausweiten

5 Vorschläge insgesamt

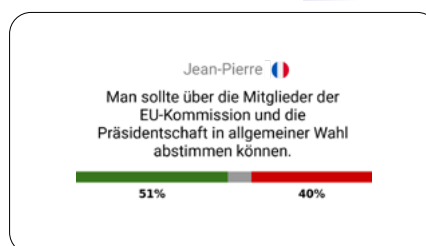
Diese diskutierte Idee basiert auf der Idee, dass alle EU-Institutionen nach allgemeinem Wahlrecht direkt von den Bürger:innen gewählt werden sollten. Ziel ist es, die demokratische Legitimität der EU zu stärken: Alle Führungspersonen sollten den Wähler:innen direkt rechenschaftspflichtig sein, anstatt von den nationalen Regierungen oder anderen, nicht gewählten Instanzen ernannt zu werden. Diese Diskussion kann ein wachsendes Interesse an einer stärker demokratischen, repräsentativen Europäischen Union widerspiegeln, die näher an den Bürger:innen dran ist.



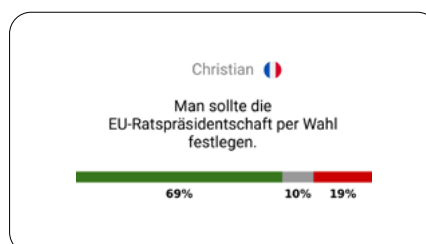
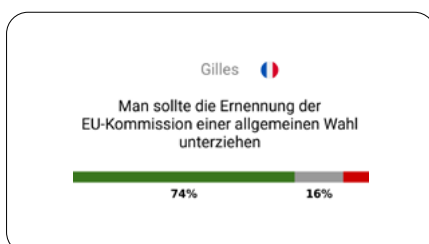
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Während sie unter den französischen Teilnehmenden eindeutig umstritten war, erreicht sie unter den Deutschen einen Konsens.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:





02

Bildung, Werte, Identität

Gemeinsame beliebte Idee

- Synergien im Bildungsbereich innerhalb Europas fördern

Diskutierte Idee

- Schulsysteme unterstützen und reformieren

♥ Gemeinsame beliebte Idee 01

Synergien im Bildungsbereich innerhalb Europas fördern

37 Vorschläge insgesamt

Beide Länder befürworten eine Stärkung des Bildungswesens und die Förderung von schulischen und universitären Austauschprogrammen zwischen Deutschland und Frankreich. Sie bestehen darauf, dass dieser Austausch zwischen den beiden Ländern gefördert und vervielfältigt werden sollte. Dies ist Teil des Bestrebens, das gegenseitige Wissen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen.

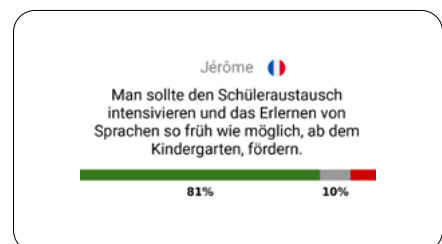
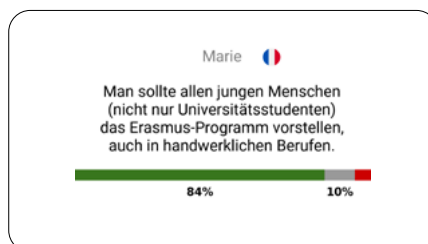
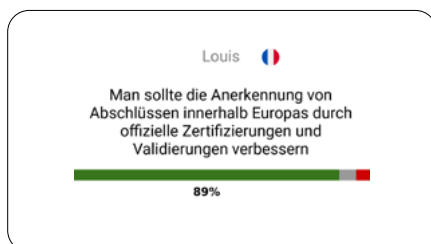
Gleichzeitig unterstützen die Teilnehmenden beider Länder die Förderung des frühen Erlernens europäischer Sprachen und die Anerkennung von Abschlüssen innerhalb der Europäischen Union.



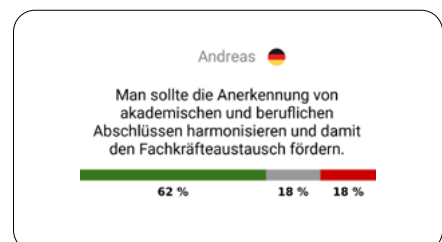
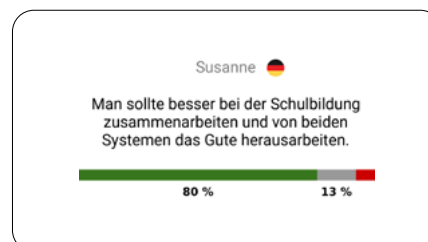
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



 Diskutierte Idee 02

Schulsysteme unterstützen und reformieren

10 Vorschläge insgesamt

Diese unter den deutschen Teilnehmenden beliebte Idee bezieht sich auf Maßnahmen, die das Bildungssystem und die Entwicklung von Kindern verbessern sollen. Die deutschen Teilnehmenden betonen, dass ein verstärktes Engagement in der Entwicklung und Bildung von Kindern sowie eine intensive Überprüfung des Schulsystems durch eine Erhöhung des Budgets notwendig sind.

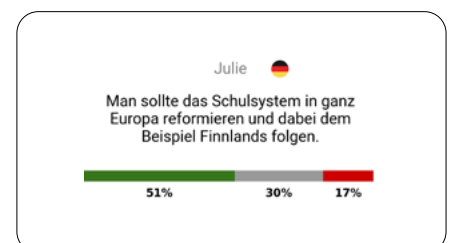
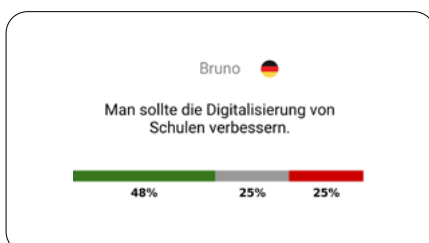
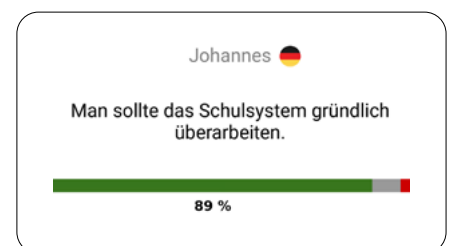
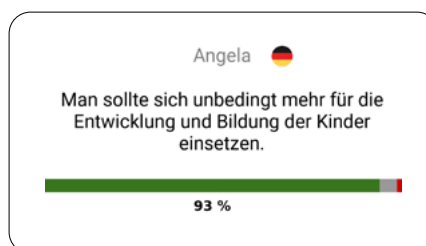
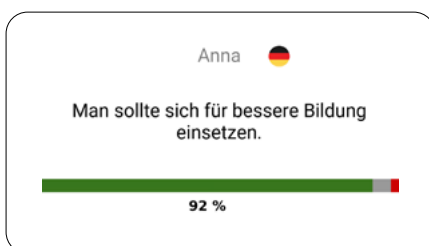
Während die französischen Teilnehmenden mit den Grundzügen dieser Idee einverstanden sind, sind sie gespalten hinsichtlich der Digitalisierung an Schulen und der Einführung von Schlüsselementen des finnischen Bildungssystems in die Bildungsreform der europäischen Länder.



Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Während sie unter den deutschen Teilnehmenden mehrheitlich unterstützt wurde, erhielt sie unter den französischen Teilnehmenden unterschiedliche Meinungen.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:





03

Energie und Umwelt

Gemeinsame beliebte Ideen

- Eine gemeinsame Strategie zum Klima- und Umweltschutz stärken
- Eine gemeinsame Energiestrategie entwickeln
- Die Artenvielfalt in Europa schützen und erhöhen
- Erneuerbare Energien stärker entwickeln
- Die Energiepreise reformieren

Diskutierte Ideen

- Die Nutzung von Atomkraft in der Energiepolitik optimieren
- Die Agrar- und Fischereipolitik in der EU reformieren, um nachhaltige Praktiken zu fördern

♥ Gemeinsame beliebte Idee 01

Eine gemeinsame Strategie zum Klima- und Umweltschutz stärken

50 Vorschläge insgesamt

Die Teilnehmenden beider Länder haben durch Vorschläge und Abstimmungen ihre Bedenken in Bezug auf den Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels auf europäischer Ebene geäußert. Sie bringen die Notwendigkeit zum Ausdruck, sich auf die besten Optionen und Lösungen zu einigen, um die Umweltkrise zu bekämpfen.

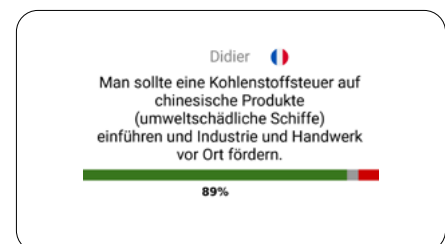
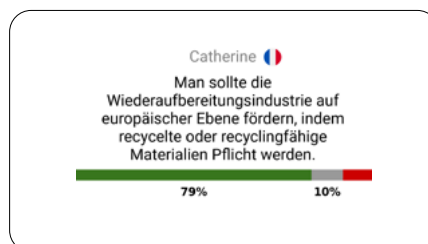
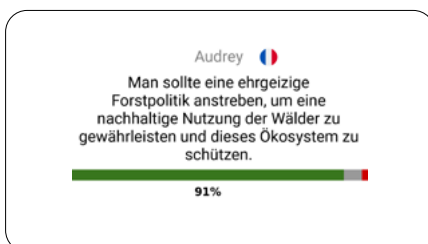
Die verschiedenen beliebten Maßnahmen, die sie vorschlagen, beinhalten: eine ambitionierte Forstpolitik, um die Wald-Ökosysteme zu erhalten, eine CO₂-Abgabe auf aus China importierte Produkte, um Industrie und Handwerk lokal wieder aufzubauen, eine Zollgebühr auf Produkte, die von außerhalb der Europäischen Union stammen, eine gemeinsame Politik für den Umweltschutz, um die Konformität der in der EU gehandelten Produkte sicherzustellen, eine gemeinsame Politik zum Erhalt der Artenvielfalt sowie Anreize zur Verwendung von recycelten oder recycelbaren Materialien.



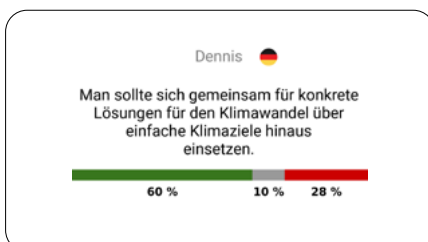
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 02

Eine gemeinsame Energiestrategie entwickeln

19 Vorschläge insgesamt

Die Teilnehmenden sind zunehmend besorgt über die Energiekrise und sehen es als notwendig an, gemeinsam an nachhaltigen Lösungen zu arbeiten.

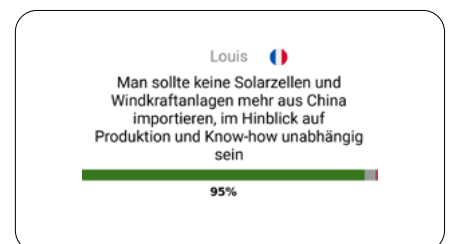
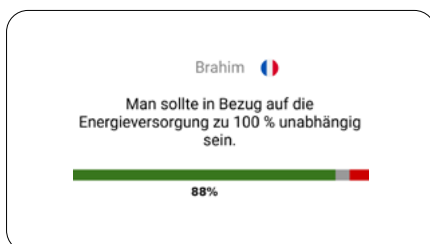
Für sie ist die energetische Unabhängigkeit, die Zusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie auf EU-Ebene notwendig, um der Energiekrise zu begegnen. Dabei sollen erneuerbare Energiequellen, Energiespeicher, eine verringerte Importabhängigkeit und eine Begrenzung der Umweltbelastungen gefördert werden.



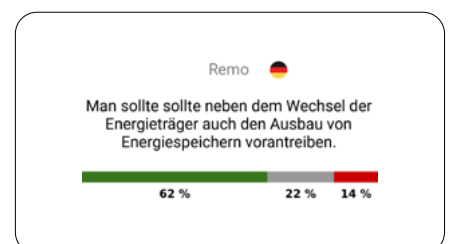
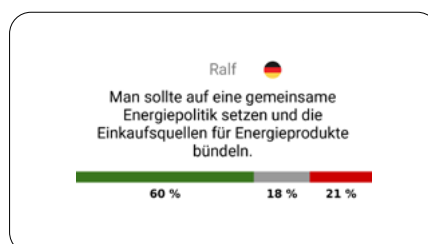
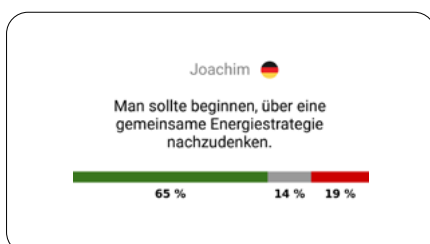
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 03

Die Artenvielfalt in Europa schützen und erhöhen

9 Vorschläge insgesamt

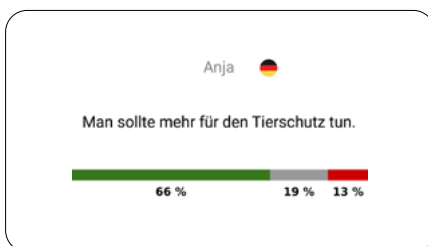
Die Teilnehmenden zeigen sich über den Schutz von Fauna, Flora und Naturräumen besorgt. Sie betonen, wie wichtig es ist, wissenschaftliche Stellungnahmen zu berücksichtigen. Sie betonen ferner die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit, um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen.



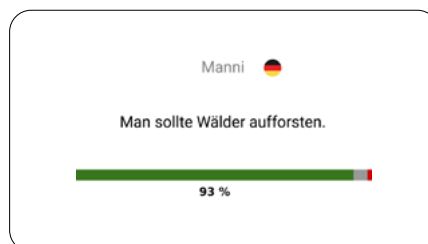
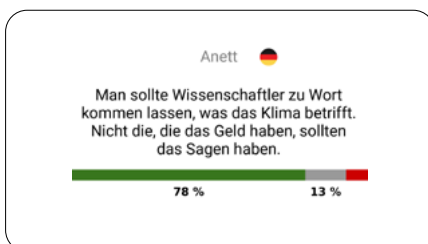
Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 04

Erneuerbare Energien stärker entwickeln

8 Vorschläge insgesamt

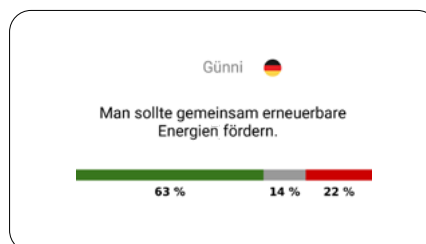
Die Teilnehmenden betonen, wie wichtig es ist, erneuerbare Energien zu fördern, insbesondere Solarenergie – mit dem Ziel, den Klimawandel zu bekämpfen. Sie fordern eine internationale Zusammenarbeit, um Wissen und Technologien zu teilen, die für die Umsetzung dieser Lösungen notwendig sind. Außerdem fordern sie bedeutende Investitionen in alternative Energiequellen.



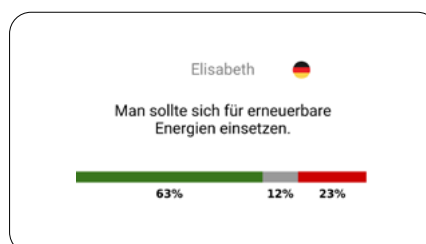
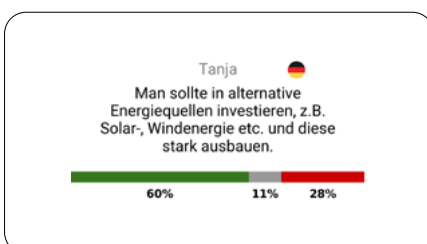
Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **französischen Teilnehmenden**:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **deutschen Teilnehmenden**:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 05

Die Energiepreise reformieren

8 Vorschläge insgesamt

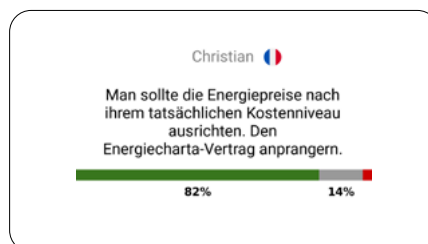
In beiden Ländern zeigt sich ein Konsens rund um die Notwendigkeit, die Art und Weise zu ändern, wie Strom- und Gaspreise in Europa berechnet werden. Dadurch sollen sie gerechter, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger werden. Die vorgeschlagenen Lösungen beinhalten: eine Desindexierung der Preise, unterschiedliche Tarife in Abhängigkeit von den realen Erzeugungskosten, eine Entkarbonisierung der Stromerzeugung sowie die Abschaffung bestimmter Vereinbarungen und Verträge zu Energietarifen. Insgesamt sollen Lösungen gefunden werden, um die Kosten für die Verbraucher:innen zu senken und die Energiebeschaffung nachhaltiger zu gestalten.



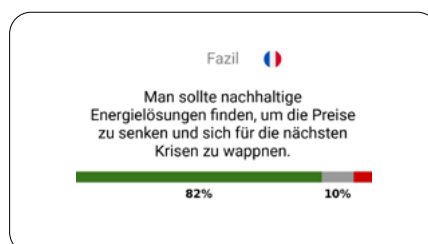
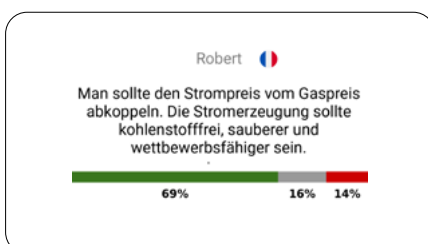
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



 Diskutierte Idee 06

Die Nutzung von Atomkraft in der Energiepolitik optimieren

8 Vorschläge insgesamt

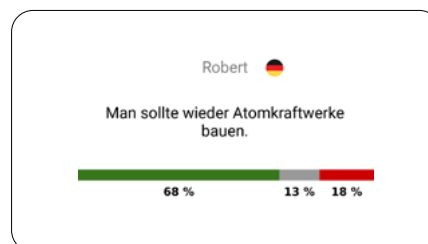
Diese Idee – in Deutschland umstritten, in Frankreich beliebt – bezieht sich auf die Energiebeschaffung und die Nutzung von Atomkraft in Deutschland und Europa. Die Vorschläge verteidigen den weiteren Betrieb von Kernkraftwerken und widersprechen der Abschaffung dieser Energiequelle. Einige Vorschläge legen ebenfalls eine internationale Zusammenarbeit in der Entwicklung von Atomkraft nahe und betonen, dass diese Energiequelle anderen CO₂-intensiven Quellen wie dem Erdöl oder der Kohle vorzuziehen sei.



Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Während sie bei den deutschen Teilnehmenden eine Kontroverse ausgelöst hat, erhielt sie bei den französischen Teilnehmenden Unterstützung.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



 Diskutierte Idee 07

Die Agrar- und Fischereipolitik in der EU reformieren, um nachhaltige Praktiken zu fördern

8 Vorschläge insgesamt

Diese diskutierte Idee legt Maßnahmen nahe, um die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und der Fischerei in Europa zu verbessern. Sie schlägt vor, die Landwirtschaft schnellstmöglich in ein Modell einzubinden, mit dem die Artenvielfalt wiederhergestellt werden kann. Darüber hinaus schlägt sie vor, die Agrarpolitik der Europäischen Union unter Berücksichtigung von Wasserproblemen zu überarbeiten sowie die biologische Landwirtschaft und die nicht-industrielle Viehzucht durch Subventionen und Steuerentlastungen zu fördern. Außerdem wird eine Angleichung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden innerhalb Europas gefordert.

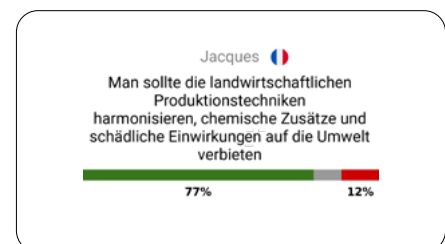
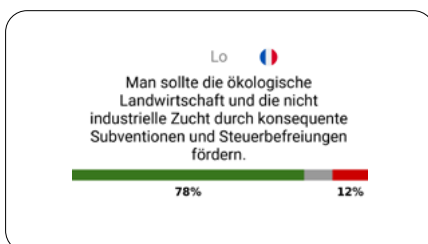
Es zeichnet sich jedoch unter den deutschen Teilnehmenden eine Spaltung ab: Sie sind nicht damit einverstanden, dass nachhaltige und umweltfreundliche Agrarmethoden in der Zuweisung von Mitteln aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bevorzugt werden. Auf dieselbe Weise sind sie hinsichtlich des Verbots der industriellen Fischerei in Europa und darüber hinaus unterschiedlicher Meinung.



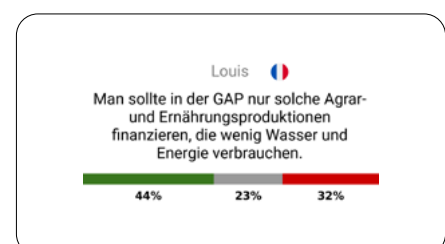
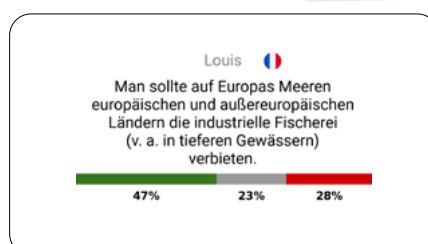
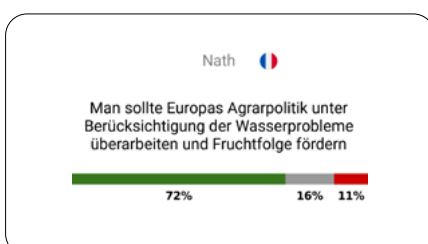
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Während sie unter den französischen Teilnehmenden mehrheitlich unterstützt wurde, erhielt sie unter den deutschen Teilnehmenden unterschiedliche Meinungen.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **französischen Teilnehmenden**:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **deutschen Teilnehmenden**:







04

Die EU in der Welt

Gemeinsame beliebte Ideen

- Die Kooperation und den Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten gegenüber den Großmächten stärken
- Die europäische Wirtschaft und Industrie schützen und weiterentwickeln
- Innovation und Forschung fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken

Gemeinsame umstrittene Idee

- Für den Krieg Russlands gegen die Ukraine eine diplomatische Lösung finden

Diskutierte Idee

- Eine echte europäische Verteidigung einrichten

♥ Gemeinsame beliebte Idee 01

Die Kooperation und den Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten gegenüber den Großmächten stärken

42 Vorschläge insgesamt

Die Teilnehmenden befürworten die Notwendigkeit einer verstärkten Kooperation zwischen den EU-Staaten, vor allem zwischen Deutschland und Frankreich. Nur so könne man auf die großen Herausforderungen wie den internationalen Wettbewerb, die Energie- und Umweltkrise sowie die Stärkung der strategischen Autonomie Europas angemessen reagieren. Eine koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine vereinfachte Verwaltung sowie die Förderung gemeinsamer Wirtschafts- und Wissenschaftsprojekte werden ebenfalls erwähnt.

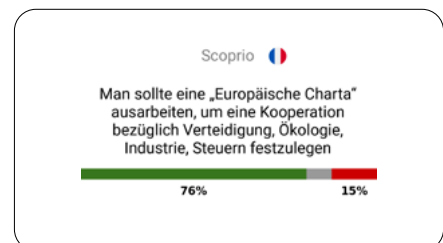
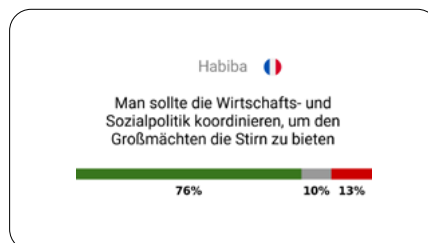
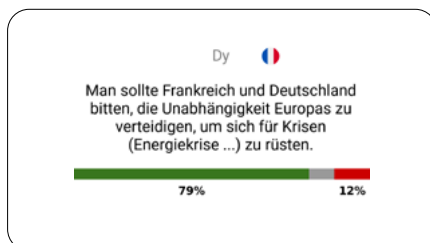
In derselben Logik betonen sie, wie wichtig eine Politik der Gegenseitigkeit in Handelsverträgen ist. Eine EU-Charta wird ebenfalls vorgeschlagen, um die Regeln für eine privilegierte Zusammenarbeit in Bereichen wie Verteidigung, Ökologie, industrielle Produktion und Besteuerung festzulegen. Dies ist Teil des Bestrebens, ein von internationalen Großmächten wie China oder den USA unabhängiges Europa aufzubauen.



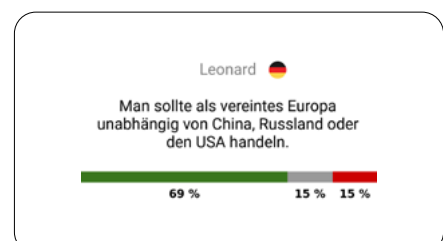
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 02

Die europäische Wirtschaft und Industrie schützen und weiterentwickeln

30 Vorschläge insgesamt

Beide Länder betonen, wie wichtig eine Stärkung der wirtschaftlichen und industriellen Unabhängigkeit Europas ist. Seine Abhängigkeit von Ländern wie den USA und China sollte reduziert werden.

Die Teilnehmenden sind sich darin einig, gemeinsam die Schlüsselindustrien zu identifizieren, die wieder mehr Autonomie benötigen.

Aus ökologischer Sicht äußern sie die Notwendigkeit, die Grüne Energiewirtschaft wieder auf europäischem Gebiet anzusiedeln und strenge Regeln der Gegenseitigkeit zu definieren, um die Einhaltung von Umweltwerten während Importen sicherzustellen.

Was die Digitalisierung anbetrifft, so sind sich die Teilnehmenden einig, dass die Jugend in den Technologien von morgen ausgebildet und die Herausbildung von Zukunftsindustrien in Europa gefördert werden muss.

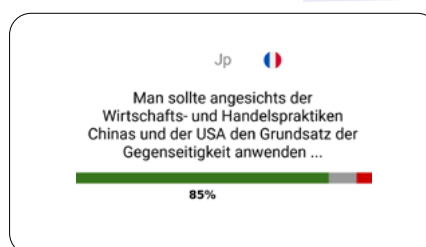
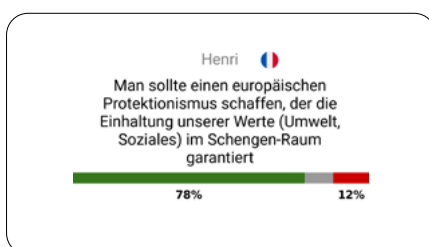
Schließlich messen sie auch der Selbstversorgung viel Bedeutung bei, indem beispielsweise die regionale Landwirtschaft oder die europäische Medikamentenproduktion gestärkt werden, um jegliche Knappheit zu vermeiden. Parallel dazu fordern sie eine strengere Reglementierung der Besteuerung von Produkten, die von außerhalb in die Europäische Union importiert werden.



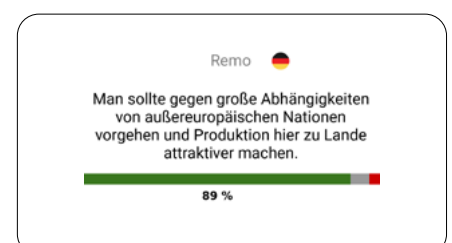
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 03

Innovation und Forschung fördern, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken

16 Vorschläge insgesamt

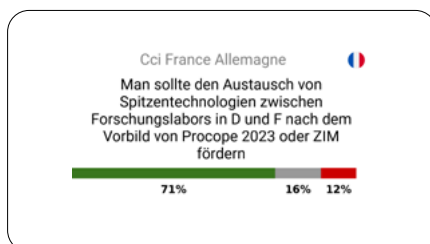
Die Bürger:innen beider Länder haben hohe Erwartungen an die Förderung von Innovation und Forschung in Europa. Mehrere Hebel werden genannt: die Einführung einer Investitionspolitik, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu verbessern; den technologischen Austausch zwischen Forschungsinstituten in verschiedenen europäischen Ländern erhöhen; besser über digitale Technologien und ihren Einfluss informieren; die Schaffung von Arbeitsplätzen in dieser Branche fördern. Dies ist Teil des Bestrebens, Europa technologisch führend zu machen.



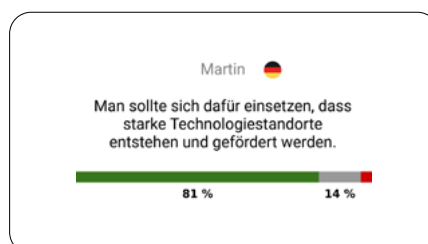
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



⚡ Gemeinsame umstrittene Idee 04

Für den Krieg Russlands gegen die Ukraine eine diplomatische Lösung finden

53 Vorschläge insgesamt

Die Themen rund um den Krieg Russlands in der Ukraine haben innerhalb dieser Konsultation unterschiedliche Meinungen hervorgerufen. Die Teilnehmenden sind über die Vorschläge gespalten, die mehr diplomatische Maßnahmen befürworten.

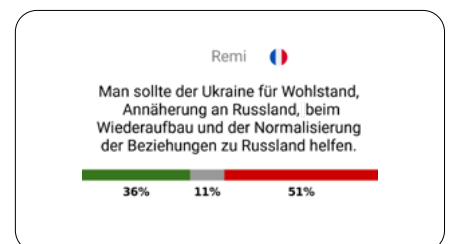
Sie sind ebenso geteilter Ansicht über die Vorschläge, die eine absolute Neutralität und damit den Stopp jeglicher militärischer Hilfe für die Ukraine befürworten. Schließlich ist auch eine mögliche Zusammenarbeit mit Russland ein sehr kontroverses Thema innerhalb dieser Konsultation.



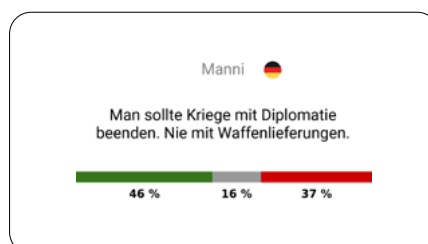
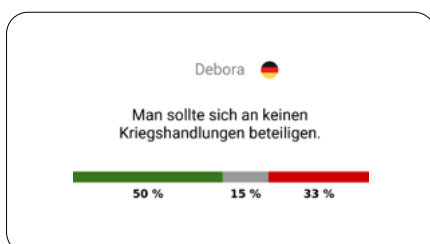
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat in beiden Ländern gleich viel Zustimmung wie Ablehnung erhalten. Sie ist daher in beiden Ländern umstritten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



 Diskutierte Idee 05

Eine echte europäische Verteidigung einrichten

17 Vorschläge insgesamt

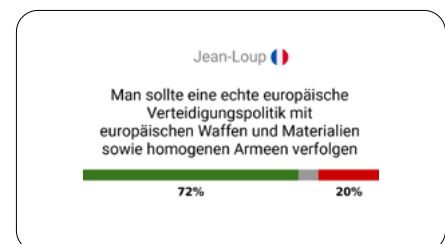
Diese Idee spricht von der Notwendigkeit, die europäische Verteidigung zu stärken und eine echte gemeinsame Verteidigungspolitik zu erarbeiten. Einige Vorschläge legen die Schaffung einer europäischen Armee nahe, die der NATO zugeordnet ist, während andere für ein eigenes europäisches Verteidigungsbündnis plädieren. Wieder andere schlagen Maßnahmen wie die Schaffung von Beratungsgremien für die Streitkräfte vor, die Erweiterung der militärischen Zusammenarbeit und die Einführung einer gemeinsamen Verteidigung mit einem verpflichtenden Wehrdienst. Insgesamt legen die Vorschläge den Fokus auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit und einer gemeinsamen Strategie im Bereich der Verteidigung, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten.



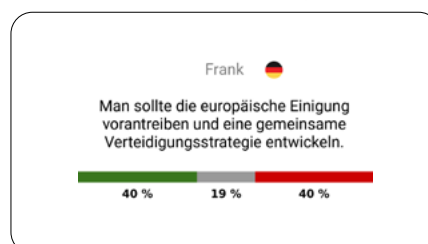
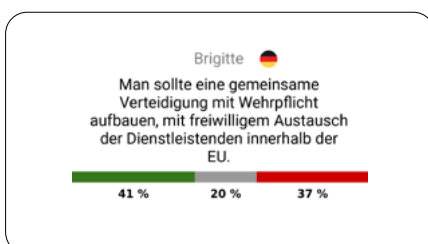
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent, hat aber in jedem Land unterschiedlich viel Zustimmung erhalten. Während sie unter den französischen Teilnehmenden mehrheitlich unterstützt wurde, wird sie unter den deutschen Teilnehmenden diskutiert.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



*„Man sollte
eine echte europäische
Verteidigungspolitik
mit europäischen
Waffen und Materialien
sowie homogenen
Armeen verfolgen.“*

Jean-Loup



Passkontroll
Passport

05

Migration

Diskutierte Idee

- Die illegale Einwanderung einschränken

 Diskutierte Idee 01

Die illegale Einwanderung einschränken

35 Vorschläge insgesamt

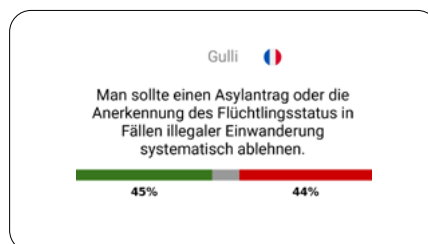
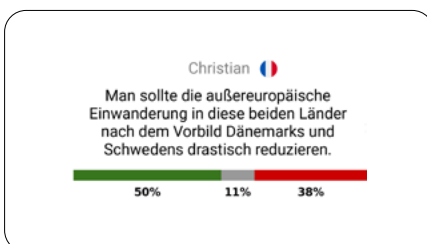
Diese diskutierte Idee konzentriert sich auf das Thema Einwanderung in Europa. Die Vorschläge zielen darauf ab, die illegale Einwanderung einschränken und die Zugangsregeln zum EU-Gebiet zu verschärfen. Während die deutschen, wie die französischen Teilnehmenden, über diese Idee geteilter Ansicht sind, äußern sie einen Konsens in Bezug auf die Bereitschaft, gegenüber Flüchtlingen in der gesamten Europäischen Union einen einheitlichen Ansatz zu verfolgen.



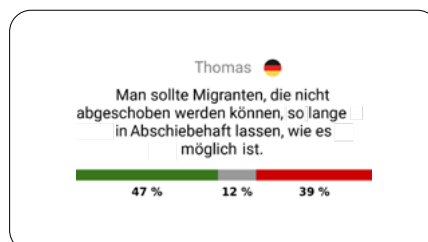
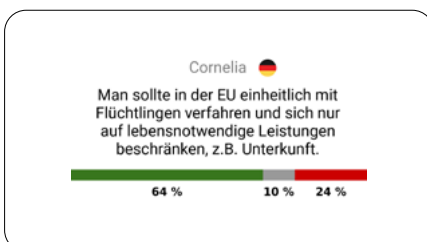
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent, hat aber in jedem Land unterschiedlich viel Zustimmung erhalten. Während sie unter den französischen Teilnehmenden klar umstritten war, erhielt sie unter den deutschen Teilnehmenden unterschiedliche Meinungen.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:







06

Mobilität

Gemeinsame beliebte Idee

- Öffentliche Verkehrsmittel verbessern, vor allem das Schienennetz

Gemeinsame umstrittene Idee

- Flugverkehr reduzieren

♥ Gemeinsame beliebte Idee 01

Öffentliche Verkehrsmittel verbessern, vor allem das Schienennetz

13 Vorschläge insgesamt

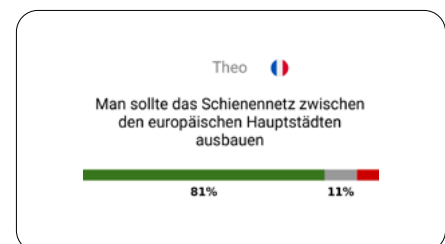
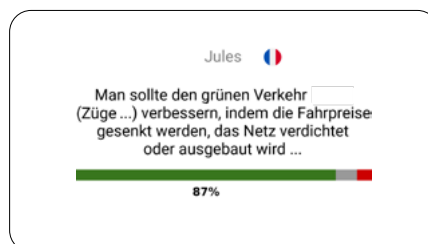
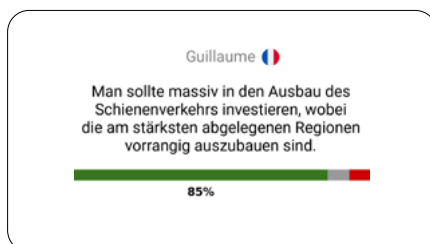
Die Bürger:innen sprechen die Notwendigkeit an, den Schienenverkehr in Europa weiter auszubauen sowie ihn zugänglicher und erschwinglicher für alle Bürger:innen zu gestalten. Sie schlagen hierfür verschiedene Lösungen vor: massive Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes in den entlegendsten Gebieten, die Verdichtung und Vergrößerung des bestehenden Netzes, die Schaffung einer europäischen öffentlichen Eisenbahngesellschaft, die Zusammenlegung von Ressourcen und die Reduzierung der Ticketpreise sowie die Förderung von günstigeren und praktischeren Langstrecken-Zugverbindungen, insbesondere von Nachtzügen. Einige Vorschläge setzen den Schwerpunkt zudem auf die Notwendigkeit, die Verbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten zu vereinfachen und internationale Bahntickets anzubieten, die günstiger als Flüge sind.



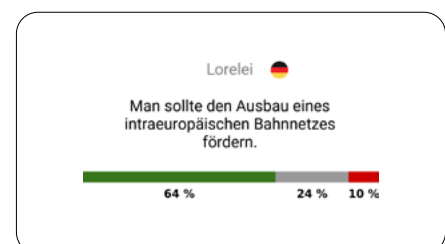
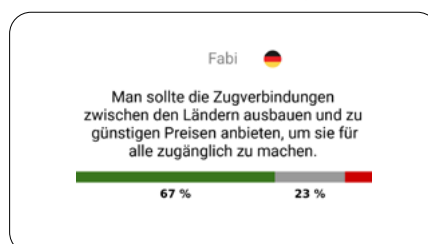
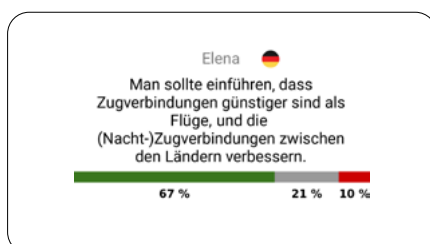
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



⚡ Gemeinsame umstrittene Idee 02

Flugverkehr reduzieren

5 Vorschläge insgesamt

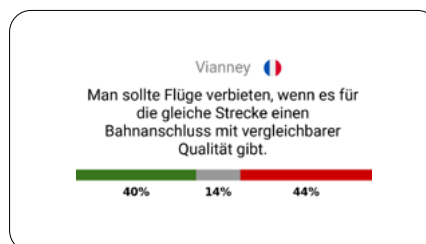
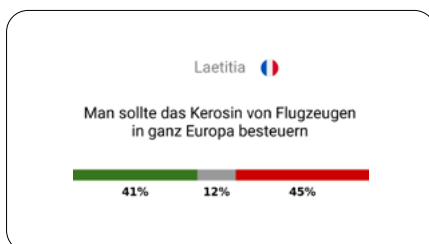
Die Teilnehmenden legen den Fokus auf die Notwendigkeit, die Flugzeugnutzung in Europa zugunsten des Transports auf der Schiene zu reduzieren, insbesondere indem Kerosin für Flüge besteuert wird und innereuropäische Flüge untersagt werden, sofern Bahnverbindungen verfügbar sind. Sie schlagen ebenso vor, den Preis für Flugreisen zu erhöhen oder sie überzubesteuern. Gleichzeitig soll der Schienenverkehr subventioniert werden, um Reisende dazu zu ermutigen, umweltfreundlichere Transportmittel zu wählen.



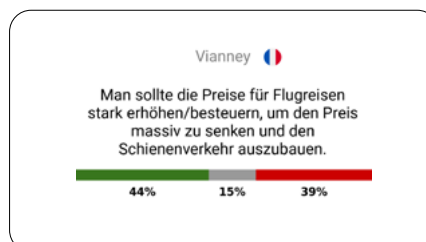
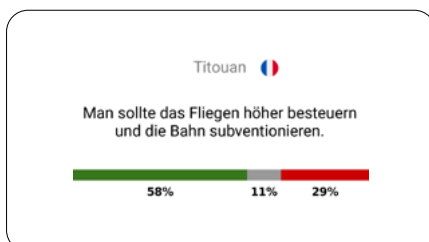
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern umstritten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:





07 Sozialpolitik, Wirtschaft und Beschäftigung

Gemeinsame beliebte Ideen

- Besser gegen Steueroptimierung vorgehen und die Besteuerung in Europa angleichen
- Die Gesundheits- und Sozialpolitik innerhalb Europas stärken und angleichen
- Die Arbeitsbedingungen in der EU angleichen, um Sozialdumping einzugrenzen

Gemeinsame umstrittene Idee

- Das Rentensystem in Europa ändern

♥ Gemeinsame beliebte Idee 01

Besser gegen Steueroptimierung vorgehen und die Besteuerung in Europa angleichen

32 Vorschläge insgesamt

Bei dieser beliebten Idee geht es um die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuerparadiesen in Europa. Einige Vorschläge fordern den Ausschluss bestimmter Länder, die von den Teilnehmenden als Steuerparadiese betrachtet werden (Irland, Luxemburg, Niederlande), während andere nach einer Angleichung der Besteuerung streben, um Konkurrenz zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu vermeiden. Die Teilnehmenden schlagen darüber hinaus eine Steuer auf Finanztransaktionen vor, die Besteuerung von Dividenden in der gesamten EU sowie die Einführung steuerlicher Mindeststandards auf europäischer Ebene, um den Steuerwettbewerb zu unterbinden. Die Bürger:innen fordern zudem eine Angleichung der Steuerregeln für Grenzarbeitnehmer:innen sowie eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, um die europäische Besteuerung gegenüber den außereuropäischen Riesen anzugleichen.

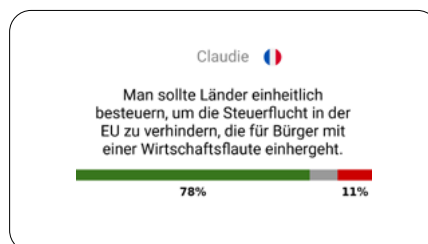
Die Teilnehmenden betonen, dass die europäischen Staaten bei der Bekämpfung von Steuerparadiesen und der Angleichung der Besteuerung in Europa zusammenarbeiten müssen.



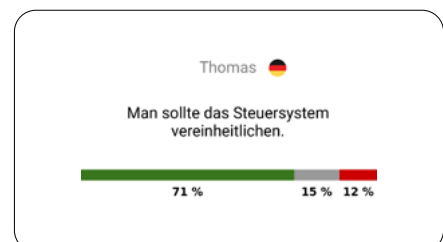
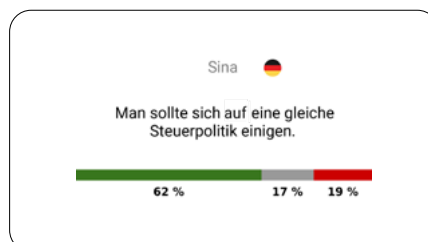
Diese Idee war während der ersten Phase der Konsultation in beiden Ländern präsent und hat mehrheitlich in Deutschland und Frankreich Zustimmung erhalten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame umstrittene Idee 02

Die Arbeitsbedingungen in der EU angleichen, um Sozialdumping einzugrenzen

12 Vorschläge insgesamt

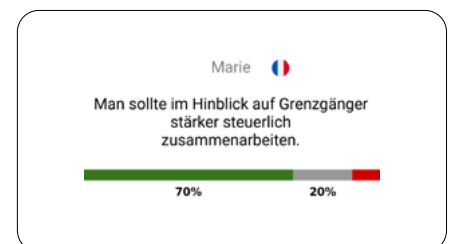
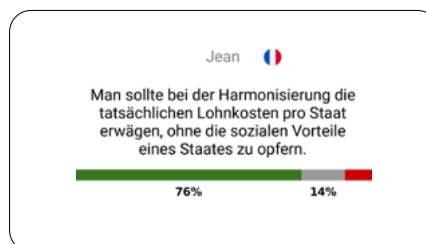
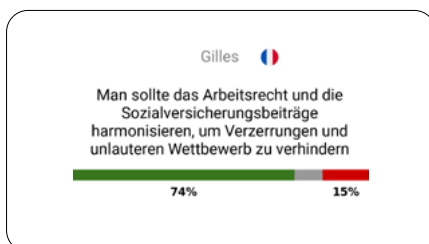
Die Teilnehmenden beider Länder äußern gemeinsame Bedenken in Bezug auf Sozialdumping und unfairen Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union. Sie fordern eine Angleichung der Regeln hinsichtlich Beschäftigung, Mindestlohn und Sozialversicherungsbeiträgen, um Verzerrungen und Wettbewerbsmissbrauch zu unterbinden. Außerdem drängen sie auf eine verstärkte steuerliche Zusammenarbeit für Grenzarbeitnehmer:innen und eine positive Angleichung des Arbeitsrechts zwischen den europäischen Staaten. Die Teilnehmenden betonen, dass die unterschiedlichen Lebensstandards und Lohnkosten zwischen den europäischen Ländern berücksichtigt werden sollten, um die Sozialleistungen einiger Länder im wirtschaftlichen Wettbewerb nicht zu kompromittieren.



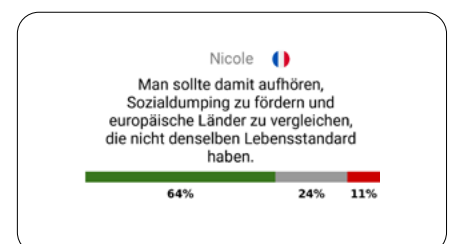
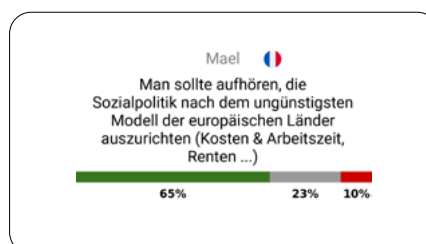
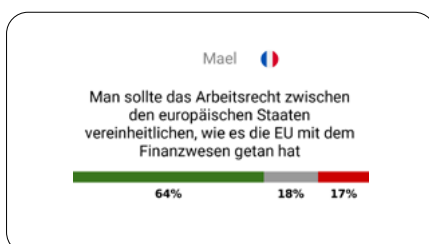
Diese Idee war ausschließlich in der französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern beliebt.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



♥ Gemeinsame beliebte Idee 03

Die Gesundheits- und Sozialpolitik innerhalb Europas stärken und angleichen

9 Vorschläge insgesamt

Allgemein fordern die Teilnehmenden ein soziales Europa, das Gesundheit und Soziales in den Mittelpunkt des europäischen Aufbauprozesses stellt. Es soll ein besseres Wohlergehen und eine wirksame Solidargemeinschaft in der ganzen EU sicherstellen.

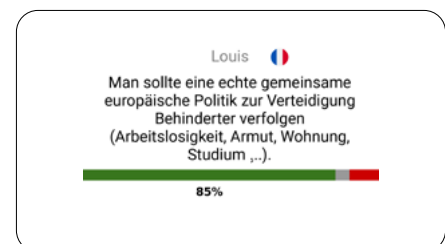
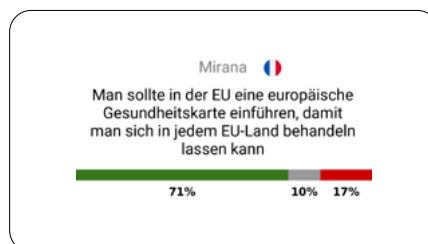
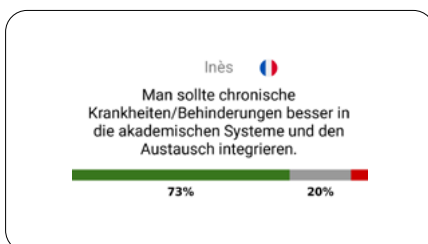
Sie sprechen vor allem die Themen soziale Sicherheit und Gesundheit auf EU-Ebene an. Teilnehmende beider Länder sind sich darin einig, dass eine gemeinsame europäische Politik notwendig ist, um Ungleichheiten und prekäre Situationen in allen Bereichen zu bekämpfen. Sie betonen insbesondere, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen verteidigt werden müssen. Obwohl sie bereits existiert, bestätigen einige Teilnehmende erneut die Bedeutung einer europäischen Gesundheitskarte.



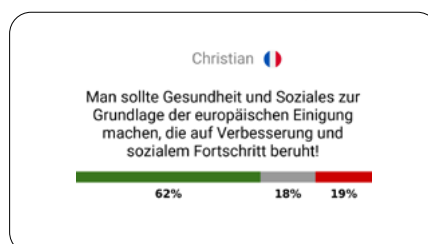
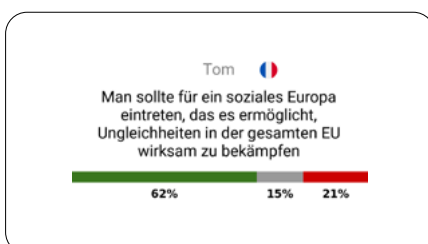
Diese Idee war in der nationalen französischen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die deutschen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie haben sie positiv angenommen. Es handelt sich also um einen Konsens, der von beiden Ländern geteilt wird.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von französischen Teilnehmenden:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von deutschen Teilnehmenden:



⚡ Gemeinsame umstrittene Idee 04

Das Rentensystem in Europa ändern

17 Vorschläge insgesamt

Die Teilnehmenden sind geteilter Ansicht bei Themen im Zusammenhang mit dem Rentensystem. Die verschiedenen eingereichten Vorschläge verteilen sich auf mehrere unterschiedliche Kategorien, obwohl sie alle eine lebendige Kontroverse hervorrufen. Einige schlagen ein einziges Renteneintrittsalter für ganz Europa vor, andere wünschen sich einen früheren Renteneintritt oder eine Verringerung des Renteneintrittsalters. Einige fordern eine Erhöhung der Renten oder eine Steuermindernug auf Renten, während andere sich wünschen, dass alle Bürger:innen in die Rentenkasse einzahlen. Schließlich zielen einige Vorschläge auf die Bekämpfung von Altersarmut ab, indem Gehälter erhöht, andere europäische Länder als Vorbild genommen werden oder ins Rentensystem investiert wird, um eine stabile Rente für alle Bürger:innen sicherzustellen.



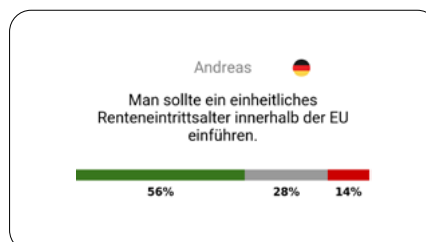
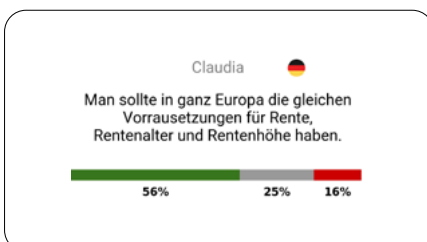
Diese Idee war ausschließlich in der deutschen Konsultation der ersten Phase präsent. Im Verlauf der zweiten Phase haben wir die französischen Teilnehmenden gebeten, auf diese Idee zu reagieren. Sie ist in beiden Ländern umstritten.

Beispiele von Vorschlägen:

Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **französischen Teilnehmenden**:



Die Abstimmungen zu diesen Vorschlägen stammen von **deutschen Teilnehmenden**:



Europäische Perspektive



Die Analyse der Ergebnisse im Kontext der Konferenz zur Zukunft Europas

Am 9. Mai 2021 startete die Europäische Union die Konferenz zur Zukunft Europas – ein europaweites Modell der partizipativen Demokratie. Diese eröffnete einen neuen Raum für Debatten und Reflexionen, in dem die europäischen Bürger:innen eine aktivere Rolle spielen konnten, um ihre Prioritäten zum Ausdruck zu bringen und sich den Herausforderungen Europas zu stellen.

Alle europäischen Bürger:innen – „mit unterschiedlichem Hintergrund und aus allen Teilen der Union“ – konnten teilnehmen.

Ein Jahr nach ihrem Start endete die Konferenz zur Zukunft Europas mit einem Abschlussbericht, der 49 Vorschläge und über 300 Maßnahmen enthält, die auf den europäischen und nationalen Bürgertischen sowie auf den Ideen basieren, die auf der Online-Plattform der Konferenz eingereicht wurden. Dieser Bericht wurde den EU-Institutionen vorgelegt, die einen Prozess zur Umsetzung und Weiterverfolgung der Vorschläge eingeleitet haben.

Sowohl für die Bürger:innen als auch für die EU ist es wichtig, dass dieser durch die Konferenz ermöglichte partizipative Ansatz auf europäischer Ebene nicht auf diese Konferenz beschränkt bleibt. Aus diesem Grund sind die europäischen Institutionen – parallel zur Umsetzung und Weiterverfolgung der Vorschläge, die aus der Konferenz hervorgegangen sind – gewillt, den Dialog mit den Bürger:innen fortzusetzen, um ihnen eine stärkere Beteiligung an Themen zu ermöglichen, die die Zukunft Europas betreffen. Dies ist auch ein Wunsch, der von vielen EU-Bürger:innen geäußert wurde. Es werden weiterhin verschiedene

Initiativen und Konsultationen durchgeführt, um diesen ständigen Dialog zu ermöglichen.

Die aus einer deutsch-französischen Perspektive durchgeführte Konsultation „Élysée-Vertrag: Zusammen den Blick in die Zukunft richten“ stellt eine Fortsetzung der Konferenz in einem ähnlichen Rahmen dar. Sie fordert die deutschen und französischen Bürger:innen auf, Vorschläge zu äußern, die Deutschland und Frankreich auf europäischer Ebene vorantreiben könnten, um gemeinsam die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Da sich der Kontext seit einem Jahr geändert hat, insbesondere durch einen Krieg auf dem europäischen Kontinent und eine steigende Inflation, ist dies schließlich auch eine Möglichkeit, die Prioritäten der Bürger:innen erneut zu hinterfragen und herauszufinden, ob sich seit der Konferenz neue Ansichten herausgebildet haben.

Die Ergebnisse der Konsultation zum Élysée-Vertrag werden in drei Schritten mit den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas und den Prioritäten verglichen, die sich aus den beiden Bürgerbeteiligungen ergeben haben:

- eine Kontextualisierung der Ergebnisse durch eine europäische Expertin,
- ein Vergleich mit den Konsultationen, die Make.org bei französischen und deutschen Jugendlichen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas durchgeführt hat, um mögliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu analysieren,
- eine Kontextualisierung mit den globalen Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas.



Interview mit Gabriele Bischoff

EU-Abgeordnete
und stellvertretende Vorsitzende der S&D-Fraktion

Als Mitglied des Europäischen Parlaments waren Sie im Rahmen der Zukunftskonferenz auch Mitglied der Plenarversammlung. Über 50.000 Bürger:innen haben sich direkt auf der Plattform beteiligt und viele weitere waren in Bürgerforen oder anderen Formaten aktiv an der Ideensammlung für ein Europa von morgen beteiligt. Nun liegt der Abschluss der Konferenz am 9. Mai 2022 bereits über ein Jahr zurück. Was hat sich seitdem getan? Wie kommen die Vorschläge der Bürger:innen nun in die Umsetzung?

Mir war es von Anfang an wichtig, dass die Erwartungen der Bürger:innen nicht enttäuscht werden und ihre Vorschläge nicht in der Schublade verstauben. Das war leider bei vielen vorherigen Projekten zur Bürger:innenbeteiligung der Fall. Viele meiner Kolleg:innen sehen das ähnlich und wir haben als EU-Parlament bereits Anfang Juni 2022 eine Entschließung verabschiedet, die eine schnelle Umsetzung der Vorschläge fordert.

Einige der Vorschläge, die von den Bürger:innen erarbeitet wurden, können bereits jetzt gesetzgeberisch auf den Weg gebracht werden. Auch die EU-Kommission hat diese Vorschläge aufgegriffen und in ihr Arbeitsprogramm für 2023 aufgenommen. Im Sozial- und Beschäftigungsausschuss haben wir Anfang Mai einen Bericht angenommen, der ein EU-Gesetz zum Verbot von unbezahlten Praktika fordert. Damit haben wir eine Forderung aus dem Abschlussbericht der Zukunftskonferenz aufgegriffen.

Andere Vorschläge können nicht direkt umgesetzt werden, da sie eine Änderung der EU-Verträge erfordern. Beispielsweise haben uns die Bürger:innen nahegelegt, dass die sozialen Rechte von EU-Bürger:innen durch einen entsprechenden Abschnitt in den EU-Verträgen abgesichert werden sollen. Seit dem Ende der Zukunftskonferenz im Mai 2022 arbeite ich gemeinsam mit Abgeordneten der anderen politischen Fraktionen an Änderungsvorschlägen, die ermöglichen sollen, die Ideen aus der Zukunftskonferenz in die EU-Verträge aufzunehmen. Wir wollen diese Vorschläge noch vor der Sommerpause im Plenum des EU-Parlaments abstimmen. Danach liegt der Ball beim Europäischen Rat, das sind die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten, die einen Europäischen Konvent für Vertragsänderungen einberufen können.

In der zweiten Phase der Konsultation konnten die Bürger:innen über die eingereichten Vorschläge abstimmen. Besonders umstritten waren die Vorschläge, die eine Reform der Entscheidungsfindung innerhalb des europäischen Entscheidungssystems forderten. Inwiefern spiegelt das auch die Debatte in den europäischen Institutionen wider?

Der Übergang von der einstimmigen Entscheidungsfindung hin zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung in wichtigen Feldern der EU-Politik war eine Kernforderung der Zukunftskonferenz. Seit der letzten Europawahl 2019 haben wir zahlreiche Krisen in Europa erlebt: die Corona-Pandemie, den russischen Krieg gegen die Ukraine und die Energiepreiskrise. Deshalb ist es vielen Bürger:innen wichtig, dass die EU schnell und entschieden handeln kann.

Grundsätzlich begrüßen viele die Forderung zur Abschaffung der Einstimmigkeit. Wenn dann allerdings über die einzelnen Politikfelder in der Tiefe diskutiert wird, in denen aktuell Entscheidungen nur einstimmig getroffen werden können, wird die Diskussion schon komplizierter. Im Bereich der Steuerpolitik oder in Fragen zur Erweiterung der EU haben beispielsweise einige Mitgliedstaaten große Vorbehalte gegen die Abschaffung der Einstimmigkeit. In anderen Bereichen wie zum Beispiel der Außenpolitik scheint es da eine größere Reform-Offenheit zu geben.

Bei der Abstimmung der Vorschläge herrschte im Themenfeld Sozialpolitik besonders Konsens bei Vorschlägen, die eine Stärkung und Harmonisierung der Gesundheits- und Solidaritätspolitik in ganz Europa forderten oder eine Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der EU zur Eindämmung des Sozialdumpings. Wie bewerten Sie diesen Konsens aus Ihrer Sicht?

Die EU wurde mit dem Versprechen gegründet, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse im Sinne des Fortschritts und zugunsten aller EU-Bürger:innen möglich ist. Allerdings sehen wir, dass es noch einige Baustellen in der europäischen Sozialpolitik gibt. Nicht alle EU-Bürger:innen profitieren von den Ansprüchen, die in der Europäischen Säule sozialer Rechte festgelegt sind.

Daher überrascht mich dieser Konsens nicht und ich verstehe ihn als Rückenwind für unsere

sozialpolitischen Vorhaben im EU-Parlament. Wir konnten in dieser Legislaturperiode bereits einige Meilensteine für ein soziales Europa setzen. Das wichtigste Projekt war die Richtlinie für armutsfeste Mindestlöhne. Aber wir müssen noch viel anpacken und beispielsweise dafür sorgen, dass die vielen Menschen, die täglich zwischen Frankreich und Deutschland zur Arbeit pendeln, keine Nachteile durch ihre grenzüberschreitende Arbeit haben.

An der Konsultation beteiligten sich 51.611 Bürger:innen. Warum braucht es aus Ihrer Sicht als EU-Parlamentarierin solche Beteiligungsformate wie die Zukunftskonferenz oder die deutsch-französische Konsultation „Zusammen | Ensemble“ in Europa?

Solche Beteiligungsformate sind eine wichtige Ergänzung zur repräsentativen Demokratie in der EU und stärken ihr demokratisches Fundament sowie das Vertrauen der Bürger:innen. Gesetzesvorschläge entstehen nicht in einem europäischen Elfenbeinturm, sondern müssen sich an der Realität und den Bedürfnissen der Menschen in Europa orientieren und ihnen einen Mehrwert bringen.

Es ist wichtig, dass die ausgewählten Bürger:innen wirklich repräsentativ sind für die europäische Gesellschaft, so dass der Hilfsarbeiter, genauso wie die Managerin, der alleinerziehende Vater oder die Softwareentwicklerin vertreten ist. Das war sowohl in der Zukunftskonferenz als auch bei der deutsch-französischen Konsultation der Fall.

Zwei Make.org Konsultationen im Abstand von einem Jahr: Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es?

Vergleich der Ergebnisse mit den gemeinsamen Prioritäten von 95.000 jungen Menschen in Deutschland und Frankreich (2022)

Im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas wurde den jungen Bürger:innen ein zentraler Platz eingeräumt, da sie die Zukunft des europäischen Projekts sind. Im Hinblick darauf wurden 2021 und 2022 auf Make.org zwei Konsultationen unter jungen Menschen in Deutschland und Frankreich (zwischen 15 und 35 Jahren) durchgeführt. Im Mittelpunkt stand die Frage: „Junge Bürgerinnen und Bürger: Wo liegen eure Prioritäten für die Zukunft Europas?“

Auf Initiative des französischen Ministeriums für Europa und Auswärtige Angelegenheiten hat die Konsultation „Parole aux Jeunes“ in Frankreich mehr als 50.000 jungen französischen Bürger:innen die Möglichkeit gegeben, ihre Prioritäten zu äußern. Im Anschluss an diese großartige Mobilisierung haben Make.org und das Deutsch-Französische

Jugendwerk die Übung mit Unterstützung des Bundesaußenministeriums in Deutschland wiederholt. 45.000 junge deutsche Bürger:innen haben sich an diesem Prozess beteiligt.

Durch diese beiden Konsultationen erhielten insgesamt 95.000 junge französische und deutsche Bürger:innen die Chance, ihre Prioritäten für die Zukunft der Europäischen Union zu äußern. Die Soziolog:innen von Make.org haben daraus die elf gemeinsamen Prioritäten der Jugend in Deutschland und Frankreich extrahiert.

Entdecken Sie die 11 gemeinsamen Prioritäten der Jugend in Deutschland und Frankreich für Europa im Abschlussbericht „Unser Europa, unsere Zukunft“.

Gemeinsame, beliebte und umstrittene Themen

Die Vergleichsanalyse zeigt viele gemeinsame Themen zwischen den beiden Konsultationen. Darunter können wir folgende nennen:

- **Die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa erhalten**
... durch den **beliebten** Wunsch, Bildungsaustauschprogramme zwischen Ländern stärker zu fördern.
- **Der Platz Europas in der Welt**
... durch **umstrittene** Ideen wie die Verteidigungspolitik oder die Positionierung Europas in internationalen Konflikten zum Ausdruck gebracht.
- **Die Förderung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz**
... durch die **beliebte** Idee einer gestärkten europäischen Umweltpolitik, die Verbesserung des Schienennetzes und die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien.
- **Das Thema Einwanderung**
... durch **umstrittene** Ideen zur Verschärfung von Bedingungen für Migranten.
- **Das beliebte Bestreben nach einer transparenteren Demokratie, indem stärker gegen Korruption innerhalb von Institutionen vorgegangen und die Zivilgesellschaft intensiver in Entscheidungsprozesse eingebunden wird.**

Die besonderen Themen jeder Konsultation

Abhängig vom Kontext der jeweiligen Durchführungsperiode umfasst jede Konsultation spezifische Themen. Die Konsultation unter jungen Bürger:innen, die 2021/2022 durchgeführt wurde, war von der Pandemie und ihren Auswirkungen auf die Jugend und deren Lebensstil beeinflusst. Seitdem ist Krieg vor den Toren Europas – mit seinen Konsequenzen auf zahlreichen Gebieten (Inflation, Energie, Diplomatie usw.).

Diese unterschiedlichen Kontexte sind in den Konsultationsergebnissen spürbar und zeigen veränderte Prioritäten bei bestimmten Themen sowie das Aufkommen neuer Themen.

Konsultation junger Bürger:innen (2021/2022):

Die Gesundheitskrise im Mittelpunkt aller Bedenken

- Die Teilnehmenden erwähnen mehrere Themen, die mit dem **Management der Gesundheitskrise und Gesundheitsleistungen** zu tun haben. Sie zeigen die Notwendigkeit, eine **gemeinsame Politik** einzuführen, **um die Gesundheitskrise besser zu bewältigen**, und **Gesundheitsleistungen zugänglicher und gerechter** zu gestalten.
- Sie betonen, wie wichtig es ist, den **Pflegeberuf besser zu vergüten und wertzuschätzen** sowie den **Schutz der psychischen Gesundheit** zu fördern.
- Ein anderer erwähnter Punkt betrifft die **Bekämpfung von Desinformation** und zeigt, warum es besonders wichtig ist, im Gesundheitsbereich gegen Falschinformationen vorzugehen.



Entdecken Sie die 11 gemeinsamen Prioritäten der Jugend in Deutschland und Frankreich für Europa im Abschlussbericht „Unser Europa, unsere Zukunft“.

Konsultation „Élysée-Vertrag“ (2023):

Der russisch-ukrainische Konflikt und die energetische Unabhängigkeit

- Die Teilnehmenden erwähnen den **russisch-ukrainischen Konflikt** und die **Friedensfrage in Europa**.
- Das **Thema Energie** wird mit dem Ziel der **Unabhängigkeit** in diesem Bereich angesprochen.
- Schließlich erwähnt die Konsultation auch die Verbesserung der **partizipativen Demokratie in Europa**, was ein Interesse an einer Weiterentwicklung des demokratischen Systems in dieser Region der Welt nahelegt.

Quelles idées
souhaitez-vous que la
France et l'Allemagne
défendent en Europe ?



Für welche Ideen
sollten sich Frankreich
und Deutschland in
Europa einsetzen?

Einordnung der Ergebnisse in die abschließenden Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas

Vergleich der Ergebnisse mit den 49 Empfehlungen (mehr als 300 Maßnahmen) auf europäischer Ebene

Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde im Mai 2022 abgeschlossen und erbrachte 49 Vorschläge mit einer Vielzahl von Maßnahmen, die entlang von 10 zentralen Themen ausgerichtet sind. In europäischen und nationalen Bürgerforen, einer Plenarversammlung und auf einer digitalen Plattform wurden zahlreiche Ideen zur Gestaltung der zukünftigen europäischen Entwicklung generiert. Die deutsch-französische Konsultation, anlässlich des 60. Jubiläums des Élysée-Vertrags, sammelte knapp ein Jahr später Vorschläge und Empfehlungen, die ebenfalls auf die Zukunft Europas und die Herausforderungen ausgerichtet sind, denen sich Deutschland und Frankreich widmen sollten. Die Ergebnisse beider Bürgerbeteiligungen bieten interessante Vergleichsmöglichkeiten, da sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Prioritäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger einfangen.

In Bezug auf die Themen offenbarten sich teilweise Überschneidungen, insbesondere in den Bereichen Demokratie und Wirtschaft. Dennoch bestehen Unterschiede, insbesondere hinsichtlich der Priorisierung der Themen Sicherheit und Verteidigung sowie Gesundheit.

Im Bereich der Demokratie in Europa wurden ähnliche Vorschläge und Ergebnisse deutlich. Besondere Beachtung fanden Vorschläge zur Stärkung der Transparenz der EU in Bezug auf ihre Aktivitäten und die Sichtbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Damit einhergehend wurden Forderungen nach Informationsangeboten, erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten und verstärkter Partizipation über bestehende Kanäle hinaus laut. Besonders im Fokus stand hierbei auch die Stimme der Jugend, die Gehör finden sollte, indem ihnen Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung frühzeitig eröffnet werden. Die Konsultation ergab ähnliche Vorschläge, die einen breiten Konsens fanden: Die partizipative Demokratie in Europa sollte verbessert werden.

Darüber hinaus wurden der Einfluss von Lobbygruppen und die Bekämpfung von Korruption als Vorschläge mit weitreichender Unterstützung genannt.

Auch institutionelle Reformen waren in beiden Formaten von Bedeutung. Während in der Konferenz insbesondere die Entscheidungsfindung innerhalb der Europäischen Union als reformbedürftig betrachtet wurde und eine Verbesserung der Entscheidungsprozesse empfohlen wurde, um einerseits die Handlungsfähigkeit zu gewährleisten und andererseits die Interessen der Mitgliedstaaten angemessen zu berücksichtigen, stießen diese Vorschläge in der Konsultation auf Widerstand, insbesondere hinsichtlich der Entscheidungsfindung im europäischen Entscheidungssystem.

Parallelen und Gemeinsamkeiten zeigen sich auch im Bereich der Wirtschaft. Nachhaltigkeit, Innovation und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union stehen in beiden Formaten im Mittelpunkt. Das Ziel besteht darin, den Zusammenhalt innerhalb der EU gegenüber Großmächten zu stärken. Besondere Aufmerksamkeit wurde zudem der Sozialpolitik gewidmet, die in der Konsultation ebenfalls breite Zustimmung erfuhr. Vorschläge zur Stärkung und Harmonisierung der Gesundheits- und Solidaritätspolitik in ganz Europa sowie zur Harmonisierung der Arbeitsbedingungen zur Eindämmung des Sozialdumpings fanden breite Unterstützung. In der Konferenz zur Zukunft Europas lag der Schwerpunkt hingegen eher auf der Verringerung von Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung sowie der Bekämpfung von Armut und der Einführung von Regelungen zum Mindesteinkommen in der EU.

Unterschiede zeigten sich hinsichtlich der Themen Gesundheit sowie Sicherheit und Verteidigung. Ersteres Thema fand in der deutsch-französischen Konsultation nur wenig Beachtung und rangierte in der Anzahl der Vorschläge auf Platz 13. Dies lässt sich durch die veränderte Pandemiesituation und die Lockerung der gesundheitsbezogenen Vorschriften erklären. Während die Pandemie Anfang 2022 noch einen starken Einfluss auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger hatte, rückten in 2023 Fragen der Energie und Sicherheit in den Vordergrund. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die gesamte Ukraine änderten sich die Prioritäten in Europa. Dies zeigt sich nicht nur in politischen Debatten und Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene, sondern auch in den Vorschlägen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger in der Konsultation.

In Bezug auf das Thema Sicherheit und Verteidigung, das an vierter Stelle der Themen der Konsultation steht, brachten die Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Vorschläge ein, die sich insbesondere mit Fragen des Umgangs mit dem Krieg in der Ukraine und einer gemeinsamen Verteidigung beschäftigten. Insbesondere der Vorschlag einer echten europäischen Verteidigung und die Diskussion über Waffenlieferungen an die Ukraine sowie Verhandlungen mit Russland waren kontrovers. In den Vorschlägen der Konferenz zur Zukunft Europas wurden Fragen der Sicherheit und Verteidigung zurückhaltender formuliert und nahmen weniger Dringlichkeit ein.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger aufgrund des Kriegs in der Ukraine, der steigenden Inflation, Fragen der Energiesicherheit und der Resilienz der Demokratie im Vergleich zur Konferenz zur Zukunft Europas verschoben haben. Dennoch gibt es einige Konstanten, die eine anhaltende Forderung der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln

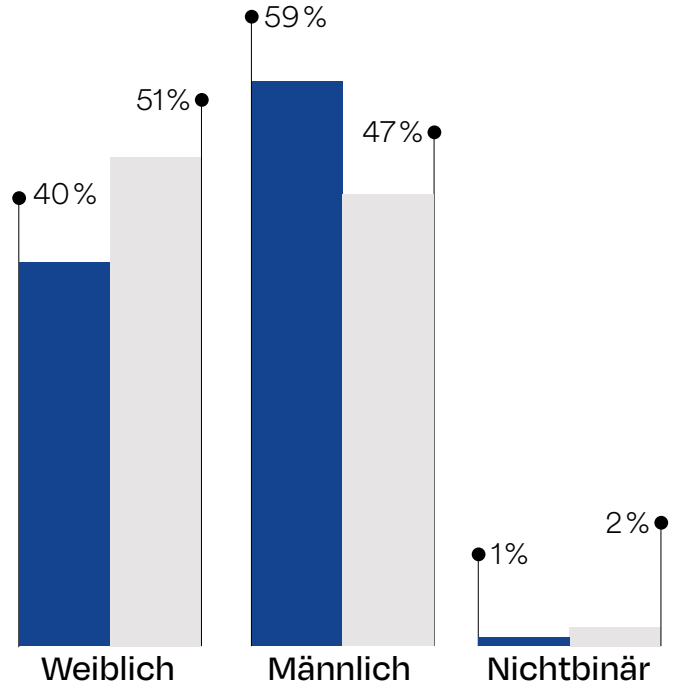
und sich in drei Punkten zusammenfassen lassen: die Notwendigkeit funktionsfähiger Institutionen mit effektiven Entscheidungsprozessen, ein starkes Auftreten der Europäischen Union nach außen und die Förderung von Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Anhang

Soziodemografisches Profil der Teilnehmenden (1/3)

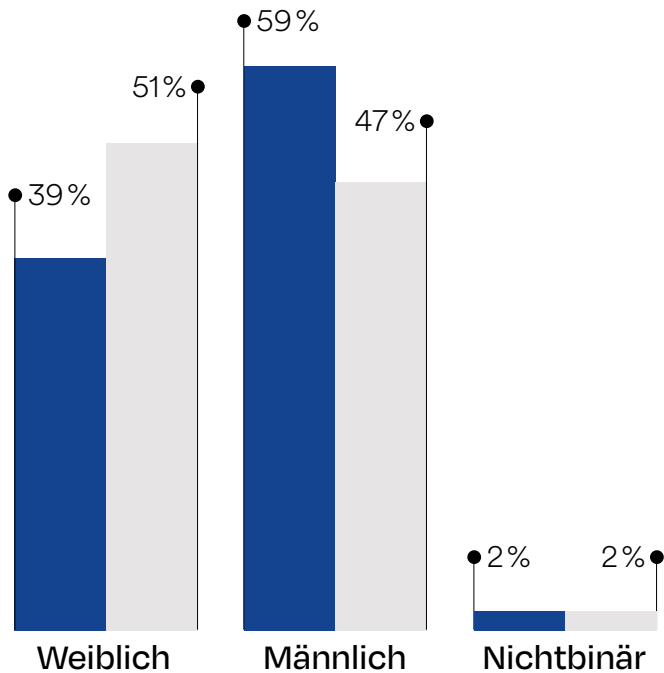
Teilnahme nach Geschlecht (zusammengeführte Daten)

● Abstimmungen ○ Allgemeine Bevölkerung



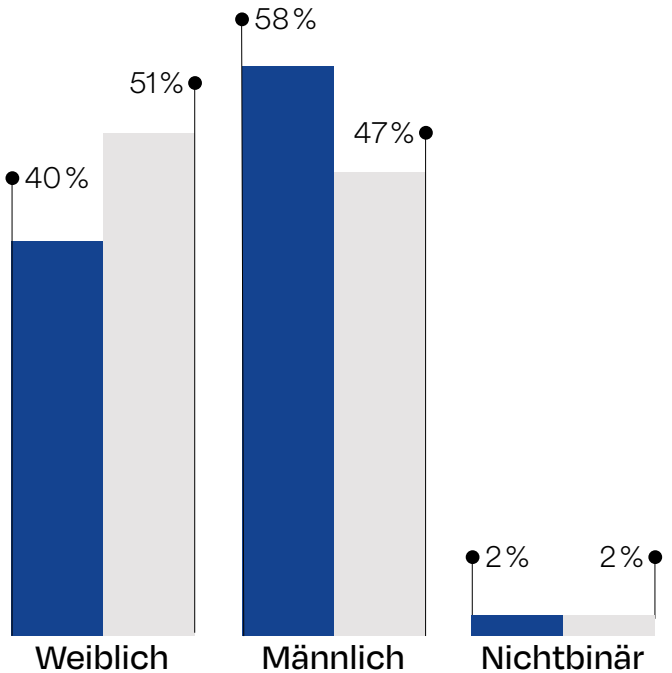
Teilnahme nach Geschlecht (Deutschland)

● Abstimmungen ○ Allgemeine Bevölkerung

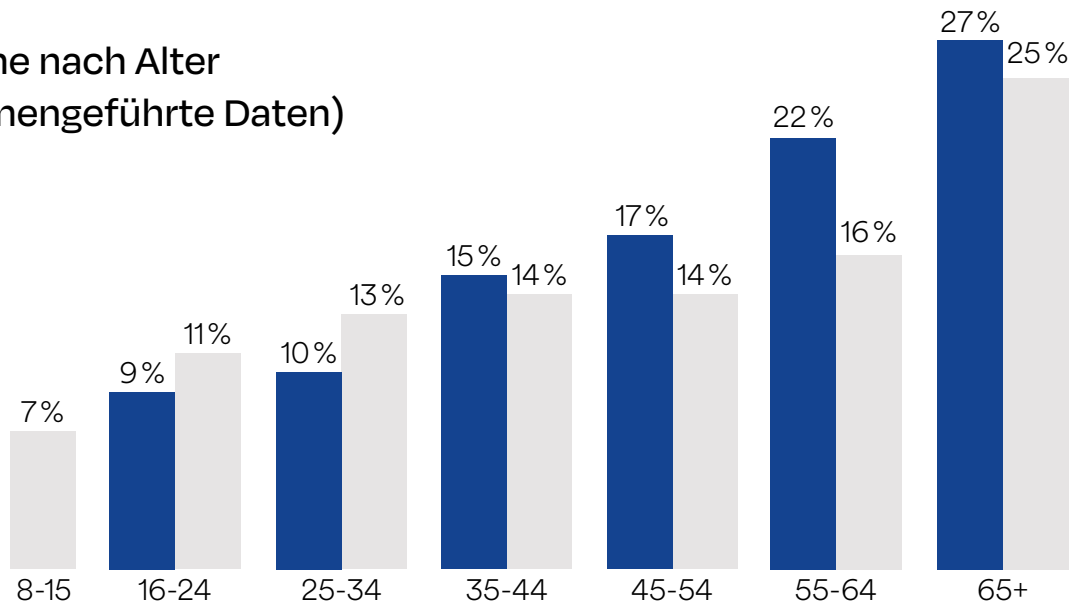


Teilnahme nach Geschlecht (Frankreich)

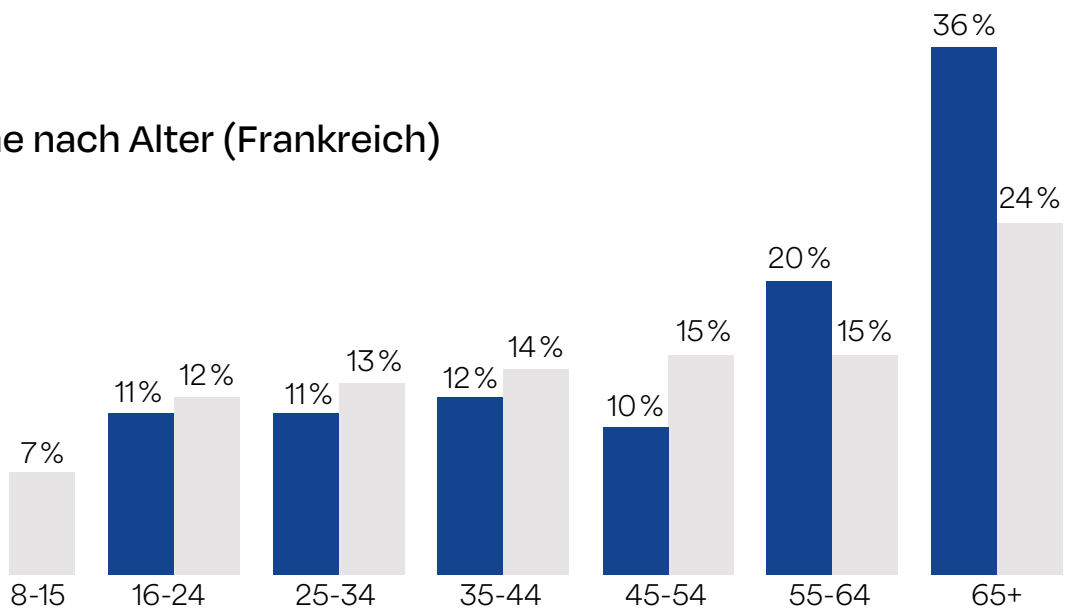
● Abstimmungen ○ Allgemeine Bevölkerung



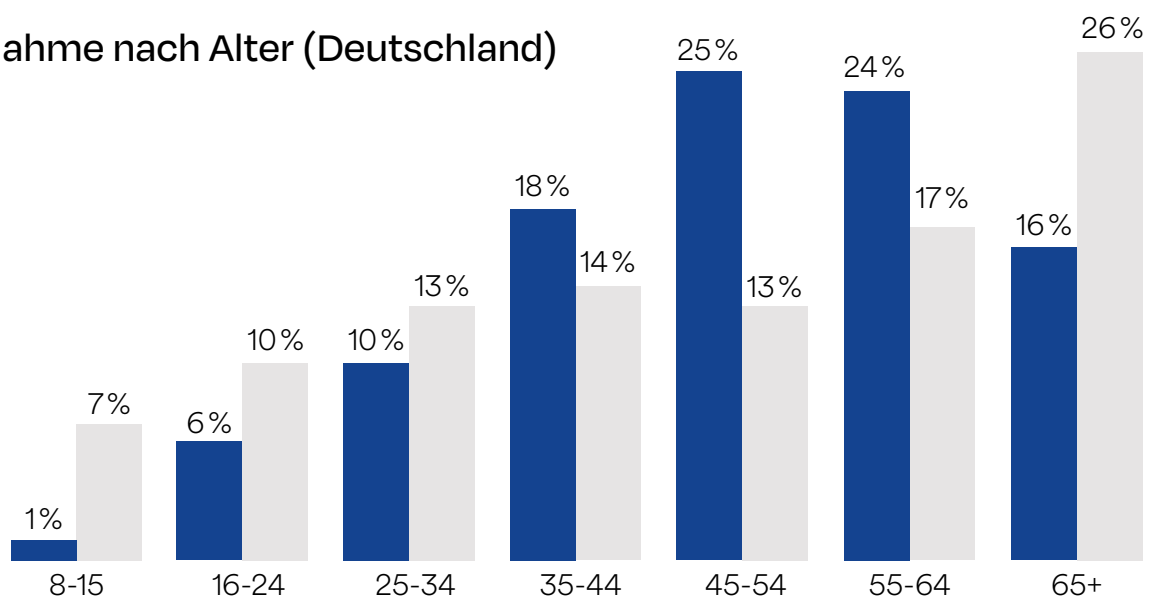
Teilnahme nach Alter (zusammengeführte Daten)



Teilnahme nach Alter (Frankreich)

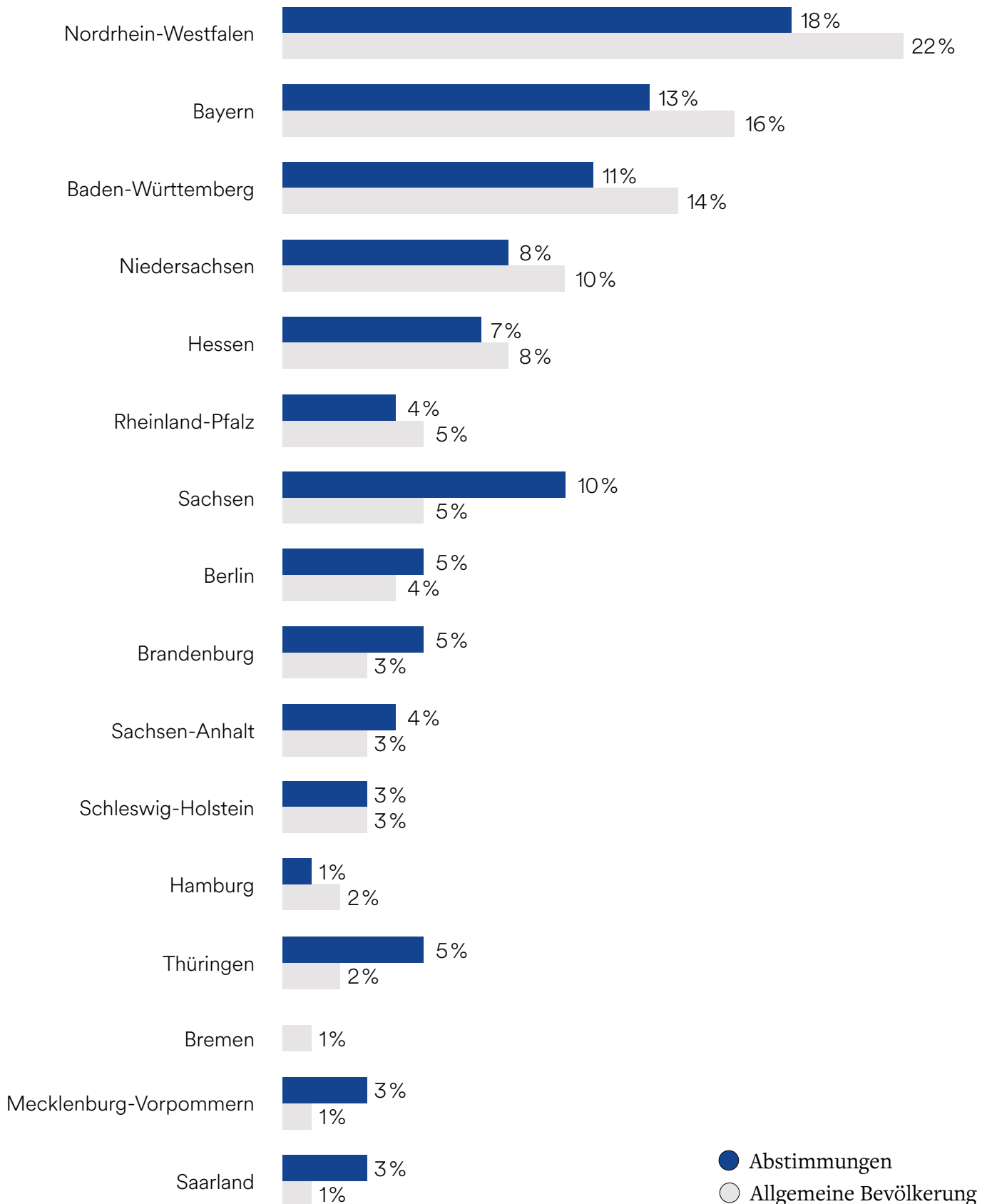


Teilnahme nach Alter (Deutschland)

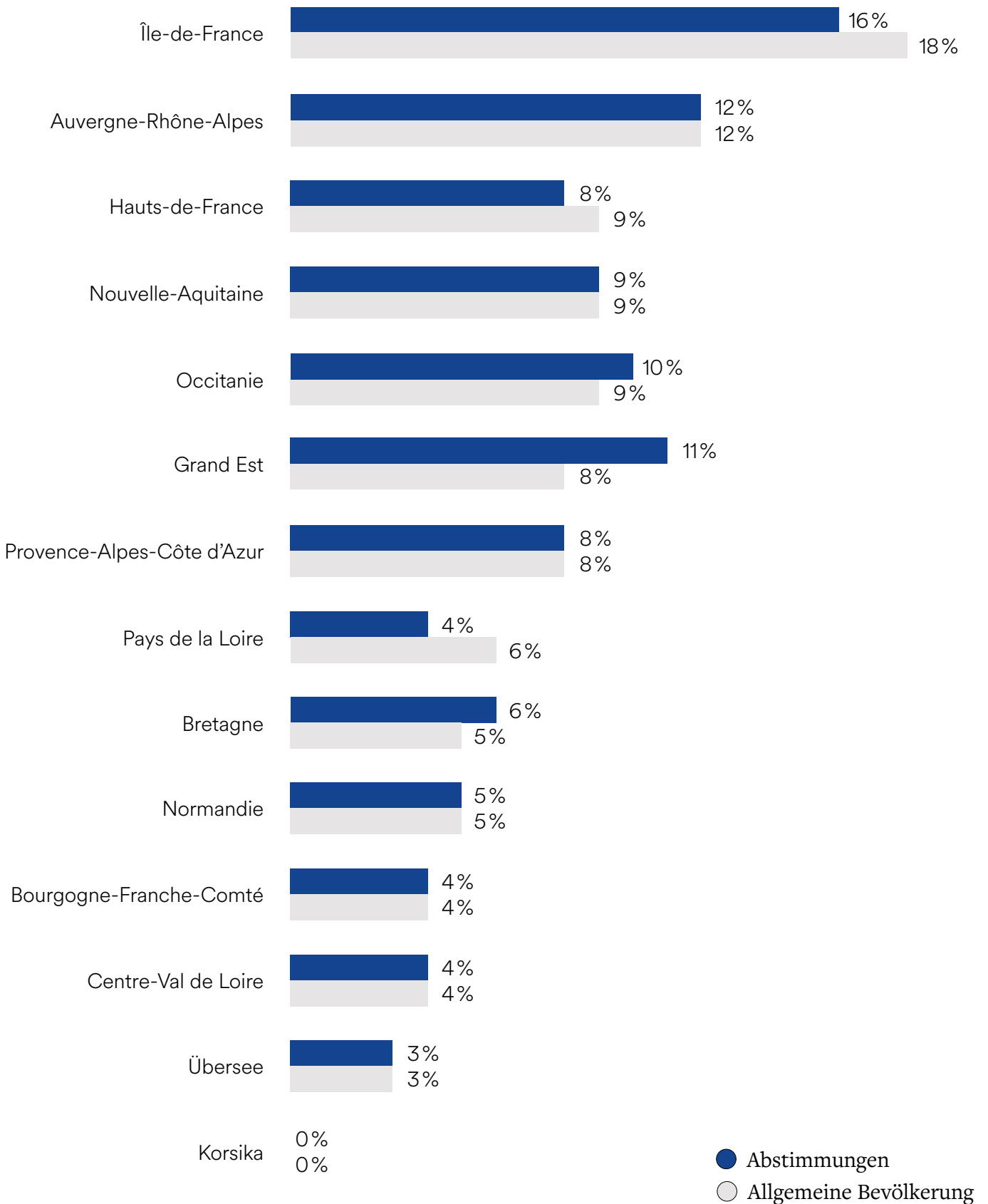


Soziodemografisches Profil der Teilnehmenden (2/3)

Teilnahme nach Region (Deutschland) (zusammengeführte Daten)



Teilnahme nach Region (Frankreich) (zusammengeführte Daten)

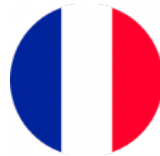


Soziodemografisches Profil der Teilnehmenden (3/3)

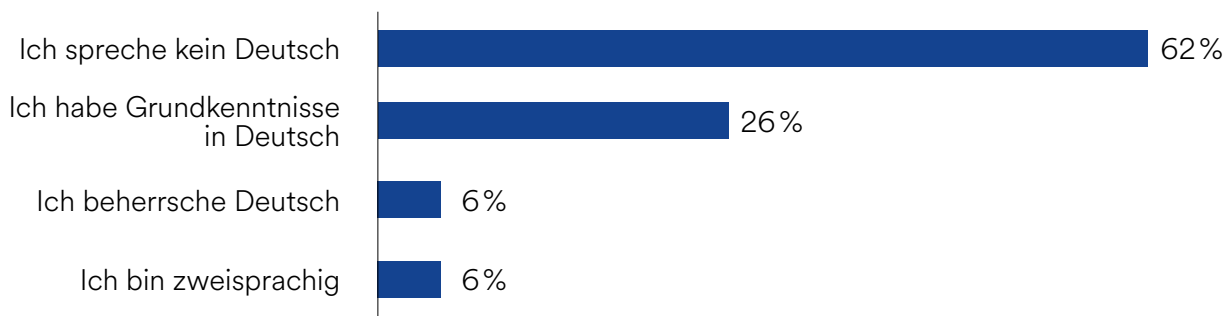
Die Antworten auf die zusätzlichen Fragen, die den Teilnehmenden gestellt wurden, lieferten zusätzliche Informationen über ihre Situation.

Es stellt sich heraus, dass die meisten Teilnehmenden nicht die Sprache des anderen Landes sprechen. Ein Viertel der deutschen und französischen Teilnehmenden erklärt jedoch, dass sie Grundkenntnisse in der Sprache des anderen Landes haben.

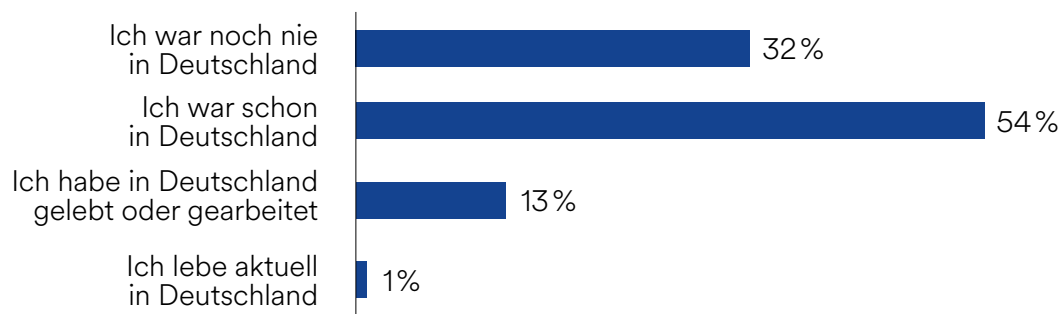
Schließlich offenbaren die Daten eine gewisse Vertrautheit der Teilnehmenden mit dem Nachbarland. Denn die Mehrheit der Teilnehmenden erklärt, dass sie das andere Land bereits besucht haben (70 % der deutschen Teilnehmenden und 54 % der französischen Teilnehmenden).



Sprechen Sie Deutsch?

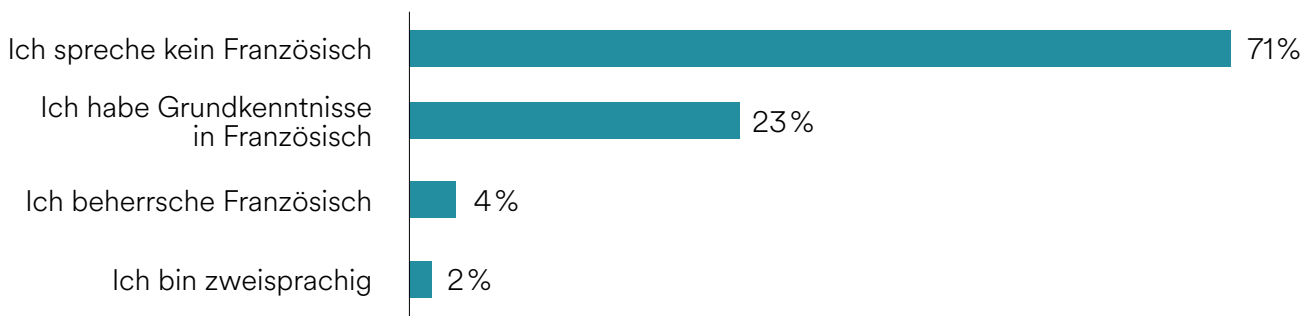


Kennen Sie Deutschland gut?

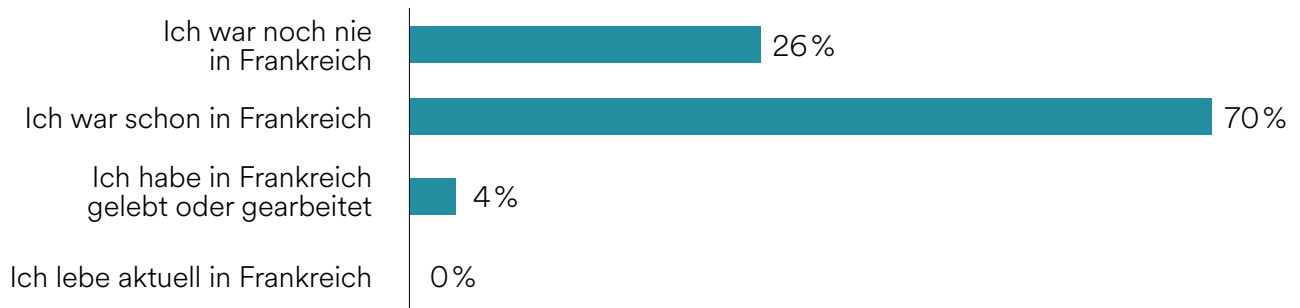




Sprechen Sie Französisch?



Kennen Sie Frankreich gut?



Über uns und Kontakt



Civico Europa

CIVICO Europa ist eine gemeinnützige, unabhängige und länderübergreifende Organisation. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, den EU-Bürger:innen die Wiederaneignung des europäischen Projekts zu ermöglichen. Dafür bringt sie europäische Persönlichkeiten zusammen, die ungeachtet ihrer Sensibilitäten davon überzeugt sind, dass es an der Zeit ist, die Union in eine demokratische Macht umzuwandeln, die auf einer kontinuierlichen Bürgerbeteiligung beruht. civico.eu



Europäische Akademie Berlin

Die Europäische Akademie Berlin e. V. ist eine unabhängige, unparteiische und gemeinnützige Organisation, die über ein länderübergreifendes Netzwerk in der Zivilgesellschaft und der Erwachsenenbildung verfügt. Seit 1963 ist sie eine Bildungseinrichtung und ein Kompetenzzentrum, die als etablierter Ausbildungsort und Treffpunkt zu einer lebendigen Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa beiträgt. eab-berlin.eu



Make.org

Make.org ist eine neutrale und unabhängige Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Bürger:innen und die gesamte Zivilgesellschaft in einen positiven gesellschaftlichen Wandel einzubeziehen. Zu diesem Zweck hat Make.org eine digitale Konsultationslösung entwickelt, die eine Beteiligung von mehrere Millionen Menschen ermöglicht. Wie in der Ethikcharta verankert, ist Make.org eine demokratische, staatsbürgerliche und europäische Plattform, neutral, unabhängig, transparent und dem Schutz persönlicher Daten verpflichtet. make.org

Kontakte

Carlotta During
Studienleiterin
Europäische Akademie Berlin
carlotta.during@eab-berlin.eu

Jules Kuhn
Projektbeauftragter für Öffentlichkeitsarbeit
Make.org
ap@make.org

CIVICO
••• europa

EAB
Europäische Akademie
Berlin

MAKE.
ORG

Université
franco-allemande
Deutsch-Französische
Hochschule

CCI FRANCE ALLEMAGNE
FRANZÖSISCHE HANDELSKAMMER

arte

DFC
DEUTSCH-
FRANZÖSISCHER
BÜRGERFONDS
FONDS CITOYEN
FRANCO-ALLEMAND

AVA

**MINISTÈRE
DE L'EUROPE
ET DES AFFAIRES
ÉTRANGÈRES**
*Liberté
Égalité
Fraternité*

Auswärtiges Amt

Staatskanzlei
SAARLAND

Herausgegeben von den Teams von

MAKE.
ORG